

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 15. August 1926

Nummer 33

INHALTSVERZEICHNIS

Wohnelend und Lohnpolitik	S. Greif
Was lehrt uns Wien? I	G. R.
Bevölkerungsproblem und Arbeiterkraft	Mattutat
Der Staat im Staate	H.
Die kleine Besoldungsreform in Sachsen	K. Raumburger
Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1926	"
Kleidung und Gesundheit	Dr. med. Grünwald
Vorgesetzte und Untergebene	Dr. D. Conrab
Briefe von der Gesel. III.	Edl.
Für die Frauen • Bildungsgarbeit • Arbeiter- und Angestelltenversicherung • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Aus unserer Bewegung • Rheinische	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schlesische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

OPDEL FAHRRADER

HNE ANNE WIG LAUFEND

MÖBEL auf Teilzahlung
Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
 Küchen, Klappgarnitur, Einzelmöbel
 In gediegener Qualität, noch billiger
M. Beiser, Berlin im Norden: Lohrerstr. 67 / im Osten: Frankfurter Allee 33B.

Tausende Dankschreiben aus Beamtenkreisen!
Garantie-Fahrräder mit Freilauf
 Mr. Herren **72.-**  **80.-** Mr. Damen
 trachtlos trachtlos
 Man verlange kostenlos Katalog von der **Fahrradfabrik Sigurd-Gesellschaft, Cassel 107**
 Für Beamte erleichterte Zahlungsweise.

9 Pfennig
Spottbillige Bier
 für nur **50s**
 Jede halbe Maßzeit u. die gleiche Preis für beide Geschlechter
 in allen öffentlichen Lokalen
KASSEL-TIECKE, HANNOVER 1 u. 2

Nie wieder so billig!
 Eichene Speisezimmer, ca. 2 m, kompl. 490,-
 Eichene Schlafzimmer, volle Türen, innen Mahagoni, kompl. . . . 590,-
 Eichene Herrenzimmer kompl. . . . 275,-
 Einzelmöbel enorm billig, große Auswahl.
 Viele Gelegenheiten, trotzdem Zahlungsvereinfachung.
RASEMANN'S MÖBELWERKE
 Berlin, Lothringers Straße 25
 (am U-Bahnstation Schönhauser Tor)

Herren-Stoffe
 Mantelstoffe, Flanelle usw. kauft man am billigsten direkt von der Tuchfabrik
A. Raasch
 Bublitz, Pommern
 Gegründet 1866 (F)
 Uebersend. v. Mustern auf Anfrage kostenlos

Kernhafte Menschen
 voll Kraft und Schwelz
 gibt Dr. Häbners Lebensstolz
 Schokolade l. - Bk. in Apotheken u. Drogerien

Fahrräder, bester Qualität, mit spielend leichtem Lauf, Fahrradteile zu billigsten Preisen (Decken ab 3,90 M, Karbidlaternen ab 3,50 M, Sattel ab 4,50 M) liefert gegen Nachnahme
Fahrrad-, Sprech- und Nähmaschinen-Vertrieb München A, Neuenhauser Straße 4, Verlangen Sie Preisliste!

Billige böhmische Bettfedern!

 Ein kg. graue geschl. M. 3,-, halbweiße M. 4,-, weiße M. 5,-, bess. M. 6,-, 7,-, daunenweiche M. 8,-, 10,-, beste Sorte M. 12,-, 14,-, weiße ungeschl. M. 7,50, 9,50, beste Sorte M. 11,- Versand portofrei, zollfrei gegen Nachb.
 Muster frei, Umtausch u. Rücknahme gestattet.
Genedikt Sachsel, Lobes Nr. 268, b. Pilsen, Böhmen.

Was sich jeder wünscht!
 **Die mollige Ecke im eigenen Heim** kann sich jeder dank meinem **Teilzahlungssystem** auch der bescheidensten Haushalt leisten

 Beamte ohne Anzahlung / Mäßige Raten / Auswärts 3 Tage zur Probe
Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel
 Verlangen Sie Proskatalog B oder Vertreterbesuch
 Anstellungsräume ohne Kaufrisiko, geöffn. 9-7 Uhr
DEUTSCHE HEIMKUNST (F)
 Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbelfabrikate,
 Berlin, Annenstr. 24 I, a. d. Alten Jakobstraße :: Tel.: Herlitzpl. 4663

Die Büchergilde Gutenberg
 ist Ihnen noch unbekannt? Fordern Sie nähere Auskunft von uns, Sie werden staunen u. sof. Mitglied werden.

Abicht. Bücher und Schriften
 Berlin SO 33, Schlesische Str. 42
Heimarbeitsvergnügen
 P. Hofter, Breslau 11b.
Rot-Kugelhase
 beide Jahre 2 Sorten, 2 Kgl. - 9 Pf. St. 4,57 Baku. Buch
 Landwehrstr. 9 Pf. St. 17 78
Gummi Saug. etc. by Artill.
 Preis s. grat. Pharm. hyg. Industrie Medicin, Berlin S 54, Vorkaufl. 25 L.
K. Seibold, Nordost
 Holstein) Nr. 119/122.

Fahrräder direkt ab Fabrik auf Teilzahlung

 Verlangen Sie unseren Katalog
Govr. Landwehr, Fahrradwerk, Herford

Nur 15 Pfennig pro Tag
 zahlen Sie für eine echte Schweizer 800/00 silberne Herrenschonbr mit 14 Krt. Goldrändern. Zahbar in 6 Monatsraten à 4,50 M, Sa. 27,- M einschl. Etruis. Kein Geld voraus, keine Nachn. Fordern Sie Liste über goldene Damen- und Herrenuhren, Uhrketten u. Geschenkartikel. Reelle Bedienung / Pa. Referenzen
P. E. W. S. O. S. B. z. Roswein/Sa. 29

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig
 Soeben erscheint
in siebenter, neubearbeiteter Auflage:
MEYERS LEXIKON
 12 Halblederbände
 Über 160.000 Artikel auf 20.000 Spalten Text, rund 6000 Abbildungen und Karten im Text, fast 800 z. T. farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbeilagen
Band I, II u. IV kostet je 30 M., Band III 33 M.
 Sie beziehen das Werk durch jede gute Buchhandlung und erhalten dort auch kostenfrei ausführliche Ankündigungen

Spottbillig, weil Riesen-Umsatz
MÖBEL-Wichert
 Berlin, Eisässer Straße 20 (F)
 In zweiter Auflage neu erschienen!
Aufsätze zur Einführung in die Psychologie
 Von W. Lukas, Essen
Sammelweis
 Eine österreichische Geschichte
 Von A. von Berger
 Preis 0,75 Mark, für Verbandsmitglieder 0,40 Mark
 Abteilung Bücher und Schriften / Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
 Berlin SO 33, Schlesische Straße 42 (F)

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Reichplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollten Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Wohnelend und Lohnpolitik



Wohnungsnot und Wohnelend nehmen heute nicht mehr den breiten Raum im Gespräch des Tages ein wie früher. Dieses Thema hat der Erörterung von Stabilisierung, Kreditbeschränkung, Reinigungsstrife, Konjunkturschwung und zuletzt Arbeitslosigkeit den Vorrang lassen müssen. Indessen wäre es falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Wohnungsnot erheblich nachgelassen hat. In die Erscheinung

getreten ist der Wohnungsmangel mit aller Schärfe bei Kriegsende. Vorausgesehen war er schon zwei Jahre vorher. War doch der Wohnungsbau während des Krieges fast völlig zum Stillstand gekommen, nachdem schon 1913/14 eine beträchtliche Abnahme der Bautätigkeit festgestellt worden war. Seit 1919 sind nur unzureichende Anstrengungen gemacht worden, den Fehlbetrag an Wohnungen auszugleichen. Bis einschließlich 1924 sind im ganzen Reich 665 479 Wohnungen und 1925 in den Städten über 50 000 Einwohnern 50 504 Wohnungen fertiggestellt worden. Die Zahlen für das ganze Reich sind noch nicht veröffentlicht. Es fehlen immer noch mindestens 600 000 Wohnungen im ganzen Reich. In Berlin allein sind bei der Wohnungszählung im Juni 1925 nicht weniger als 74 528 Haushaltungen gezählt worden, die keine eigene Wohnung (im baulich konstruktiven Sinn) besaßen. Die von der Stadt Berlin errichteten Behelfsbauten (Wohnlauben und Wohnbaracken) betragen mit 7049 Wohnungen nur 0,6 Proz. aller Wohnungen. 195 dieser Notwohnungen waren mit je zwei und nur sieben mit je drei Haushaltungen belegt. Das größte Elend muß sich also in den Altwohnungen zusammendrängen. Dies bestätigen auch die Statistiken anderer Städte aus der gleichen Zeit. Mit Schaudern liest man z. B. in dem Bericht der Stadt Buer in Westfalen, daß ein Schlafraum benutzt wurde von

Personen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 u. mehr
in Fällen	537	2362	5182	6396	6338	5391	4031	2022	1837	2390

Mehr als 24 000 Menschen muhten also in Gruppen von zehn und mehr Köpfen sich jede Nacht in einen Raum teilen, wenn man nur die Ziffern der letzten Spalte auswertet. Daß dabei eine Trennung der Geschlechter eingehalten wurde, ist kaum anzunehmen. Man kann sich daher leicht ausdenken, welchen Gefahren sittlicher und krimineller Natur diese Schlafgenossen ausgesetzt sind. Auch in einigen anderen Städten ist die Belegungsichte beängstigend, wenn die Fälle auch nicht so häufig sind wie in Buer. Aus Breslau wird ein Fall gemeldet, daß gleich gar 18 Personen auf einen Raum kamen. Es folgt Beuthen mit 13 Personen in einem Raum, der noch nicht einmal als Wohnraum zählt, weil er kein Fenster ins Freie aufweist. Augsburg fällt dadurch auf, daß es die meisten Hausbesitzer in den Kreisen der Arbeiterschaft zählt, nämlich 1291, doch sind diese Häuser nicht etwa moderne

Siedlungsbauten, sondern in der Hauptsache alte, aus längst vergangenen Perioden stammende Baracken, in denen sich gerade Armut und Not breit machten. Die stärkste Belegung auf einen Raum ist dort in zwei Fällen mit acht Personen festgestellt worden. Aber auch in kleineren Städten ist eine Reihe von Unzulänglichkeiten aufgebebt worden. Kolberg hat vier Fälle mit elf Personen, fünf Fälle mit zehn Personen, dreizehn Fälle mit neun Personen und fünfzehn Fälle mit acht Personen auf einen Raum ausgezählt. Zum Schluß sei noch Elbing erwähnt, wo es in zwei Fällen zehn Personen und in drei Fällen neun Personen in einem Raum gab.

Ob sich in der Zeit seit Veranstaltung dieser statistischen Erhebungen einzelner Städte eine Besserung namentlich hinsichtlich der Belegungsichte der Wohnungen und in der Besiedlungsdichtigkeit ergeben hat, scheint zweifelhaft. Im Gegenteil führen einige Beobachtungen zu der Annahme, daß die Zusammendrängung der kaufkraftarmen Kreise weiter fortschreitet. Arbeiterschaft und unterer Mittelstand sind unter der Peitsche der wirtschaftlichen Depression genötigt, Wohnraum abzugeben, um nicht nur das wertvolle Gut einer eigenen Wohnung zu halten, sondern auch einen Beitrag zur Lebenshaltung freizubekommen. Die Volksgesundheit bleibt also weiterhin schwer bedroht. Keller- und Dachwohnungen sind wieder zu Ehren gekommen. In Breslau gibt es 2,3 Proz., in Düsseldorf 2,2 Proz., in Kassel 0,2 Proz. von den ersteren, von den letzteren in Plauen 15 Proz., in Düsseldorf 10,4 Proz., was beweist, daß der Ausbau von Dachgeschossen enorm zugenommen hat.

Beide Wohnungsarten gehören zu den Schädlingen der Beherbergung. In der Kellerwohnung ist es feucht, so daß im Wärmehaushalt Störungen bei den Bewohnern auftreten. Die Folge sind allerhand Krankheiten, wie Rheumatismus, Nierenleiden, Disposition zur Erkältung usw. Der modrige Geruch des Kellers nimmt jeden Anreiz zur tiefen Atmung. Endlich leiden Kellerwohnungen auch an ungenügender Lichtzufuhr. Dachwohnungen hinwiederum sind übermäßiger Bestrahlung ausgesetzt, was insbesondere die Säuglingspflege erschwert. Sie bilden ein besonderes Hindernis oft ins Freie und in bewegte Luft zu gelangen. Am schlimmsten ist aber die Verbreitung übertragbarer Krankheiten in dicht belegten Wohnungen. Zu einer wahren Volksgeißel ist infolge der elenden Wohnverhältnisse insbesondere die Masernkrankheit geworden. Man schätzt die Masernsterblichkeit unter den Kindern der sozialen Unterschicht und Mittelschicht in den Städten auf etwa 7 Proz., d. h. es stirbt etwa jedes vierzehnte von den erkrankten Kindern. Professor Degwitz rechnet mit 30 000 bis 40 000 jährlichen Masern Todesopfern unter den Kindern Deutschlands. Aus den offiziellen Sterbelisten ist diese Zahl nicht ohne weiteres herauszulesen, weil die meisten Kinder der den Masern folgenden Lungenentzündung zum Opfer fallen. Die Gefahr der Erkrankung steckt nicht etwa

in der Wohnung, sondern in der Belegung der Räume. Die Infektion von Mensch zu Mensch vollzieht sich bei Mäsefen und Keuchhusten außerordentlich leicht. Ähnlich verhält es sich bei den stark kontagiösen Krankheiten wie Scharlach, Diphtherie, Influenza, Tuberkulose. Im Interesse der Volksgesundheit muß also jede Vermischung unterstützt werden, die auf Verringerung der Wohndichtigkeit abzielt. Daneben verdienen aber auch die Pläne zur Schaffung großer Tummelplätze tatkräftig Förderung. Denn die Bewegung im Freien ist die beste Vorbeugung von Erkrankungen, wie die Beobachtung auf dem Lande lehrt. Dort haust das Volk in teilweise noch klimmeheren Räumen als in der Stadt, findet aber den gesundheitlichen Ausgleich im langen Aufenthalt in der bewegten, meist ozonreichen Luft.

Wohnungspolitik und Städtebau stehen also vor großen und sanftbaren Aufgaben. Warum werden sie indessen nicht gelöst? Weil kein Geld da ist. Richtiger, weil für diese Zwecke nicht genügend bewilligt wird. Die Wohnungspolitik nach dem Kriege ist eine Kette von schlechten und halben Maßnahmen. Wohnungszwangswirtschaft ohne umfassende staatliche Initiative auf dem Bauplatz ist wie die Heilung von Blutarmut durch Verlaß. Mietpreisbeschränkung war ein billiger Vorwand zum Lohndruck, dessen Ausmaß hingereicht hätte, um einen beträchtlichen Teil des Baubedarfs zu decken. Stets und ständig wird das Baugeld als Konsumtionskapital gescholten, das die Handelsbilanz belastet. Niemand kümmert sich aber viel darum, in welcher Weise die Produktion ihre überreichlichen Kredite verdaut. Proben davon ragen noch aus der Periode der maß- und geistlosen Betriebsverweiterungen in Gestalt verrotteter und verschroteter Betriebsanlagen und mehr als anderthalb Millionen Erwerbsloser herüber.

Wie einseitig ist es, die „verkürzte Kapitaldecke“ in erster Linie und fast ausschließlich der Erzeugung von Produktionsmitteln nutzbar zu machen! Wenn man gewisse Gutachten liest, könnte man glauben, daß das Baukapital rein zum Fenster hinaus geworfen wäre, daß das Bauen direkt ruhmlos wirkt. In Wirklichkeit besteht es eine ganze Reihe von Industrien und Erwerbszweigen. Zahlreiche Bodenschätze, für die wir keine teureren Devisen hinzugeben brauchen, werden durch das Bauen gehoben und stellen, umgeformt und verarbeitet, einen erheblichen Werteswert dar, vergrößern unser Volksvermögen und bilden, als wir uns ihrer in krassem Unverstand nicht annehmen mochten, einen heißbegehrten Gegenstand ausländischer Spekulation, wie die Grundbesitzerverzeichnisse der Inflationszeit beweist. Das Baukapital wird nicht verschluckt und reiflos aus der Wirtschaft ausgeilgt, sondern pulsiert im wirtschaftlichen Kreislauf mit und befruchtet, wie gelagt, eine ganze Reihe von Wirtschaftsgruppen. Eine gewisse Sorge könnte allenfalls wegen der Verzinsung und Amortisierung aufkommen. Indes zu Unrecht. Es muß nur eines beachtet werden, was allerdings in die Köpfe vieler Wirtschaftsführer nicht hinein will, daß nämlich auch die Vergütung der Arbeitskraft auf das allgemeine Preisniveau gehoben werden muß. Dann wird die Allgemeinheit auch imstande sein, die teurere Miete zu bezahlen, auf die der Bauherr mit ebensoviel Recht Anspruch erhebt wie der Fabrikant auf höhere Warenpreise. Man muß dies auch vom Arbeitnehmerstandpunkt umgeschminkt auszusprechen wagen und den Konsequenzen unerschrocken ins Auge sehen. Verzicht auf das Danaergeschenk der Mietpreisbeschränkung und fordern wir freie Lohnbildung im Hinblick auf die schrankenlose, durch Kartelltreiberei obendrein forcierte Preisbildung! Die Folge wird gesteigerte Aktivität auf allen Gebieten sein. Das private Kapital wird sich wieder an den Bauplatz wagen, die Staatslast an Baudarlehen zu machen aufhören, den Wohnungslosen wird geholfen, die Arbeitslosigkeit läßt wesentlich nach, Initiative und Unternehmungsgeist können sich auf allen Gebieten regen. Freilich, ohne Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird es nicht abgehen um den gerechten Lohn.

Selbstverständlich werden alle Fettschichten des Exports und der aktiven Handelsbilanz Tobjudtsanfälligkeit bekommen, wenn sie von solchem Aufstimmen hören. Indes sollte das Gehabe dieser Panaxer keinerlei Eindruck hinterlassen. Zeit genug haben sie doch gehabt, zu zeigen, was sie können. Arbeiter und Gewerkschaften sind ihrem Programm notens volens monatelang gefolgt. Und doch haben sie nichts erreicht. Schon ist die Handelsbilanz wieder passiv. Was ist Schuld? Natürlich die hohen Löhne! Ein anderes Rezept besitzen sie nicht. Dabei ergibt sich nach der Statistik der Löhne im In- und Ausland Folgendes: Auf Grund recht ansehbarer Vergleichsunterlagen sollen die deutschen Tariflöhne Ende 1925 bis auf 150 Proz. der Vorkriegslohne im Durchschnitt für Gelehrte und Ungelernte bei Einstellung der Stundenlöhne, auf 137 Proz. bei Einstellung der Wochenlöhne (regelmäßige Arbeitszeit) gestiegen sein. (Wirtschaft und Statistik, 6. Jahrgang, Nr. 2.) Dagegen berichtet Holland aus dem Bergbau eine Lohnsteigerung der Hauer von 178 Proz., der Bauhilfsarbeiter von 298 Proz.; die nordamerikanische Union weist Anfang 1926 eine zweieinthirdelache Lohnsteigerung gegenüber der Vorkriegszeit bei 1,83facher Verteuerung der Lebenshaltung in der teuersten Stadt, New York, aus. (Wirtschaft und Statistik, 6. Jahrgang, Nr. 11.) In Dänemark ist der Stundenverdienst der Facharbeiter im dritten Vierteljahr 1925 auf 184 Dore, der der Ungelernten auf 149 Dore gestiegen, was bei 61,3 bzw. 45,5 Dore 1914 300 Proz. bzw. 331 Proz. ausmacht. Selbst in Italien, wo der Lire Ende 1925 auf den fünften Teil ihres Goldwertes gesunken war, betrug der durchschnittliche Tageslohn um die gleiche Zeit 19,33 gegen 3,54 Lire 1913 oder 546 Proz. mehr, wodurch der Fall der Währung mehr als ausgeglichen ist. Endlich hat sich sogar das Niveau der vielgeschmähten russischen Löhne nominell auf 206 Proz., real auf 140 Proz. hinauf geschwungen. (Wirtschaft und Statistik, 6. Jahrgang, Nr. 5.) Von der Lohnseite kann also das miserable Abschneiden der Handelsbilanz nicht involviert sein. Zeit heißt es energisch Schluss machen mit einer Wirtschaftspolitik, die sich einbildet, der Mensch lebe nur von lauter Produktionsmitteln. Ludwig Greil.

Was lehrt uns Wien?

1.

Wien, die 2 Millionen Einwohner zählende Hauptstadt Deutsch-Oesterreichs, bekam während der Revolution eine Stadtverwaltung mit sozialdemokratischer Mehrheit. Es gelang, diese Mehrheit nach 41-jähriger Herrschaft bei der Neuwahl des Gemeinderats (Stadtverordnetenversammlung) nicht nur zu halten, sondern sogar noch zu steigern. Betrag der sozialdemokratische Anteil am Gemeinderat vor der letzten Wahl 60,6 Proz., so stieg er nach der Wahl auf 66,6 Proz., so daß heute die Sozialdemokratie genau über die Zweidrittelmehrheit verfügt. Der Magistrat ist vollständig in sozialdemokratischen Händen, denn es ist in Wien üblich, daß dieser aus der Mehrheit des Gemeinderats gewählt wird. Damit dieser sozialdemokratischen Herrschaft hat sich Wien zu einem musterhaft verwalteten Gemeinwesen entwickelt, das bereits Weltgelt genießt. Heute erheben auf dem Wiener Rathaus nicht nur Stadtvertreter vom ganzen Erdenrund, um von der Wiener Gemeindevverwaltung zu lernen, sondern Gesellschaften machen sich bereits nach Wien auf, um die dortige Kommunalpolitik zu studieren.

Robert Danneberg, der Präsident des Wiener Landtags, hat nun in einer 48 Seiten umfassenden Schrift („Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien“, Verlag N. S. W. Diez, Berlin SW. 68, Lindenstr. 2, Preis 1,40 Mk.) einen kurz zusammengefaßten Bericht über die Tatsachen gegeben, die die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung aufzuweisen hat.

Da ist vor allem festzustellen, daß die neue Gemeindeverwaltung an der städtischen Regie, allen Widerständen zum Trotz, nicht nur festhalten, sondern die Gemeinwirtschaft noch in jeder Weise gefördert hat. Die Gemeinde Wien ist heute nicht nur Behälter aller sonst allgemein als öffentliche Betriebe bezeichneten Unternehmungen, sondern sie ist auch an einer Anzahl Privatindustriunternehmungen weitgehend beteiligt. Durch ihre, man möchte sagen, raffinierte, Finanz- und Steuerpolitik verstand sie es, auf ganz billige Weise

das Bodenmonopol zu erwerben und bis zum Jahre 1925 8 652 000 Quadratmeter Land in Besitz zu nehmen. Damit und mit Hilfe der Wohnbaufsteuer, die nur 2 Proz. des vorkriegszeitlichen Mietzinses, bei Purgiswohnungen bis 36 1/2 Proz. beträgt, gelang es der Gemeindeverwaltung, das Siedlungswesen, den Wohnungsbau sowie das Wohnungswesen überhaupt entweder in die eigenen Hände zu bekommen oder einen vollständig maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Bis zum Jahre 1923 hatte die Gemeinde trotz Inflation 7259 eigene Wohnungen gebaut; sie verpflichtete sich, in den nächsten fünf Jahren weitere 25 000 Wohnungen herzustellen. Heute steht fest, daß diese voraussichtlich schon im Jahre 1927, also ein Jahr früher als vorausgesehen, fertiggestellt sein werden. Dabei beträgt der Preis dieser aller modernen Wohnungshygiene entsprechenden Behausungen nur ein Achtel der Vorkriegsmiete oder nur ein Fünfundzwanzigstel von den Kosten, die das Bauen durch Kapitalisten verursacht hätte.

Wir können hier auf viele wichtige Gebiete der Wiener sozialdemokratischen Gemeindepolitik, wie der vorbildlichen Förderung des Schul- und Bildungswesens, des Wohlfahrtswesens, der Gesundheitspflege, nicht eingehen sondern müssen im nachstehenden uns auf die Arbeiterpolitik und die Führung der städtischen Unternehmen beschränken, also auf Dinge, die unsere Leser am meisten interessieren.

Dannenberg stellt in seiner Schrift fest, daß Wien 18 334 Verwaltungsangestellte und 6783 Lehrpersonen im Dienste hat. Die Zahl der Angestellten und Arbeiter in den städtischen Unternehmen ist gleich groß. Durch Aufnahmeperrre bei Amtsantritt der sozialdemokratischen Verwaltung und Erweiterung und Vermehrung der Betriebe konnte ein Abbau der Angestellten und Arbeiter (der in Deutschland mehr als reichlich ausgeübt wurde) vermieden werden. Die Arbeitszeit beträgt in den Unternehmen acht, in den Verwaltungen sieben Stunden. Ueber die Lohn- und Dienstverhältnisse wird dann unter anderem ausgeführt:

„Die Rechte und Pflichten der Angestellten sind in einer umfangreichen allgemeinen Dienstordnung zusammengestellt. Ihre Wesen ist durch die Bestimmung gekennzeichnet, daß der Gemeinderat Abänderungen an dieser Dienstordnung nur einvernehmlich mit der gemeinderätlichen Personalkommission beschließen kann. Diese besteht aus mit Proporz gewählten Delegierten des Gemeinderats und Vertretern des Personals und ist so zusammengesetzt, daß die Vertreter der Gemeinde nur eine Stimme über die Mehrheit haben. Das bedeutet freilich, daß die Vertreter der Gemeinderatsmehrheit, wenn die Personalvertreter und die Mitglieder der Kommission des Gemeinderats zusammenschließen, in der Mehrheit bleiben. Das ist eine Schwäche der Dienstordnung, die sie bringt, stets den von ihr ausgesprochenen Änderungen Grundlag zu besorgen, in Personalfragen nichts zu beschließen, sondern stets mit den zuständigen Organisationen zu verhandeln und alles einvernehmlich zu regeln. Die Personalkommission ist unter anderem berufen, alle Anträge, die Personalangelegenheiten grundsätzlicher oder allgemeiner Natur betreffen und an den Stadtrat oder Gemeinderat gehen, vorzubereiten; ferner alle Angelegenheiten zu beraten, für welche die Dienstordnung ein Einvernehmen zwischen Gemeinde und Angestelltenvertretung vorschreibt; in Streitfällen zu entscheiden, die sich aus der Anwendung der Dienstordnung ergeben, sofern die in den einzelnen Klernern bestehenden Personalvertretungen erfolglos im Anspruch genommen worden sind. Diese Personalvertretungen haben weitgehende Rechte. Je nach der Wichtigkeit der Fälle und je nach dem überwiegenden Interesse des Diensthabers oder Dienstnehmers heißt es in den einzelnen Fällen, daß sie „unter Mitwirkung, unter beratender Mitwirkung, nach Anhörung, im Einvernehmen, mit Zustimmung der Personalvertretung“ zu handeln sind.

Diese Demokratisierung des Dienstrechtes hatte natürlich nur einen Sinn, wenn den Angestellten zugleich volle Koalitionsfreiheit verbürgt wurde. § 71 der Dienstordnung erklärt deren Beeinträchtigung durch einen Vorgesetzten der Angestellten als deren berechnigte Vertreter. Die Gemeindevorwaltung führt aber Verhandlungen in Personalangelegenheiten nur mit der Organisation, die die Mehrheit der in Betracht kommenden Angestellten vertritt. Ob auch eine Minderheitsorganisation in den Verhandlungen zugelassen wird, entscheiden die Vertreter der Mehrheitsorganisation selbständig.

Am Disziplinarverfahren ist die Mitwirkung der Angestellten grundsätzlich überall vorgesehen. Sie geht bei den Magistratsangestellten sogar so weit, daß eine von der Gemeinde und den Angestellten paritätisch zusammengesetzte Kommission entscheidet. Ueber ihr steht ein Verwaltungsrat, der ebenfalls paritätisch zusammengesetzt ist. Bei Streitigkeiten kommt in beiden Fällen ein Schuldspruch nicht zustande. — Für die Beamten der Unternehmungen gilt die Dienstordnung der Magistratsangestellten mit wenigen Abänderungen.

Das Arbeitsverhältnis der Unternehmensbediensteten wird durch Tarifverträge geregelt, die mit den zuständigen Gewerkschaften abgeschlossen werden.

Die Arbeiter werden in nichtständige, ständige und definitive eingeteilt. Als ständige Arbeiter gelten solche, die bei ihrer Aufnahme als ständige in Aussicht genommen wurden und mindestens ein Jahr ununterbrochen im Gemeindevorteil stehen. Tarifzuzug erhält der Arbeiter eine schrift-

liche Mitteilung. Nach fünfjähriger ununterbrochener Verwendung wird der ständige Arbeiter definitiv, wobei jedoch die vor Vollendung des 18. Lebensjahres vollstreckte Dienstzeit außer Betracht bleibt. Die Entlassung definitiver Arbeiter darf nur auf Grund eines Disziplinarerkenntnisses erfolgen, ferner wenn der Arbeiter wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt worden ist oder ohne sichtbaren Grund länger als 72 Stunden vom Dienste fernbleibt, wobei als sichtbarer Grund der Streikbeschuß der zuständigen Gewerkschaft ausdrücklich bezeichnet ist.

Die Besoldung der Wiener Gemeindeangestellten ist höher als die der Angestellten des Bundes und der anderen Länder und Städte Oesterreichs. . . . Hier ein paar kennzeichnende Besoldungstypen im Verhältnis zur Entlohnung in der Vorkriegszeit.

Monatsbezüge	1914 in Gold- tronen	Januar 1926	
		in Schillingen*)	in Proz. des Vorkriegsbezugs
Straßenarbeiter:			
Beim Eintritt	86	153,5	123,9
Nach 15 Jahren	100	185,5	180,9
Höchstbezug	103	271	182,7
Wochenlöhne je nach Verwendung und Verwendbarkeit			
Professionisten im Kleintätigkeitswerk:			
Beim Eintritt	18,5	58,56	219,8
Nach 15 Jahren	24,9	66,14—77,18	194,5—215,3
Höchstbezug	82,1	71,56—82,60	154,8—176,7
Professionisten im Gastwerk:			
Beim Eintritt	22,2	58,26	183,1
Nach 15 Jahren	30	65,24—78,72	151,1—182,2
Höchstbezug	38,6	71,52—84,96	129,7—152,9
Professionisten bei der Straßenbahn:			
Beim Eintritt	25,6	58,85	159,7
Nach 15 Jahren	42,2	69,92—76,84	115,1—126,5
Höchstbezug	48,3	79,15—86,07	114 — 124
Hilfsarbeiter im Elektrizitätswerk:			
Beim Eintritt	17,8	49,44	192,9
Nach 15 Jahren	20,5	56,15—59,51	190,2—201,6
Höchstbezug	23,5	60,94—64,30	180,1—190
Hilfsarbeiter im Gastwerk:			
Beim Eintritt	18,9	40,44	181,6
Nach 15 Jahren	23,5	56,16—65,76	165,9—194,3
Höchstbezug	26,5	60,96—68,96	159,7—175,5
Hilfsarbeiter der Straßenbahn:			
Beim Eintritt	20,3	49,39	169
Nach 15 Jahren	30,5	59,77—68,81	116,9—124,6
Höchstbezug	41,8	67,15—71,19	112,9—119,7
Straßenbahnschaffner:			
Beim Eintritt	28,7	55,15	161,7
Nach 15 Jahren	34,92	65,54	130,4
Höchstbezug	42,54	74,77	122,1

* 1 Schilling = 60 Kr.

Neben dem Gehalt bestehen noch folgende Begünstigungen: Alle der Dienstordnung unterstehenden Angestellten zahlen auf der Straßenbahn nur den halben Fahrpreis. Der Ausgabebetrag hat außerdem Anspruch auf Dienstkleiderbezug, der mit zirka 8,7 Schilling (5,22 Kr.) monatlich bewerteter werden kann. Sämtliche Arbeiterkategorien der städtischen Unternehmungen haben Anspruch auf Arbeitslohn, auf einen Wochenlohn als Weihnachtsummeration. Ihre Einkommensteuer zahlt die Gemeinde. Außerdem haben die Arbeiter der Elektrizitäts- und Gastwerke Anspruch auf begünstigten Krankheitsbezug. Die Verbilligung beträgt 60 Proz. oder 2 Schilling (1,20 Kr.) bei Abnahme eines Bezuges von 40 Kilogramm höchstens. Die Arbeiter der Straßenbahn haben Anspruch auf freie Fahrt. Die Personalbestimmungen sind sehr weitgehend. . . .

Für sämtliche 34 000 Gemeindeangestellten besteht eine Krankenkasse für Krankenpflege, für die die Angestellten und gewöhnliche Bediensteten 1,3 Proz. der ständigen Prämie als Beitrag einzahlen. Die Verwaltung ist paritätisch zusammengesetzt. Die Mitglieder haben freie Krankenwahl, Anspruch auf Lohnersatz, das Recht der Penzierung von Gemeindegeldern usw. Gegen Unfall versichert sind die städtischen Bediensteten nicht, denn die Gemeinde hat selbst für alle Bediensteten, auch die nach dem Gesetz nicht versicherungspflichtigen, die Unfallfürsorge in demselben Ausmaß übernommen, in dem sie jeweils durch Bundesgesetz für Versicherungspflichtige eingeführt ist. Unter Förderung der Gemeinde ist eine Arbeitslosenversicherung für städtische Bedienstete geschaffen worden.

Die Art der Behandlung des Personals, das zunächst in seiner Mehrheit der neuen Verwaltung feindlich oder gleichgültig gegenüberstand, hat bewirkt, daß eine im allgemeinen arbeiterwürdige und gewinnbringende Angestelltenschaft herangezogen wurde, die auch eine Reihe von Reformen im inneren Verwaltungsdienst ermöglicht hat. . . . Es ist kennzeichnend, daß — von einem abschließenden Streitbarheitsbericht abgesehen — in dem letzten Jahre sozialdemokratischer Verwaltung kein einziger Konflikt zu einer nennenswerten Arbeitsunterbrechung geführt hat.“

Bevölkerungsproblem und Arbeiterschaft

Die von dem englischen Geistlichen Malthus zu Beginn des vorigen Jahrhunderts begründete und nach ihm benannte Bevölkerungslehre geht von der Ansicht aus, daß die Ursachen der gesellschaftlichen und sozialen Gegensätze in dem Mißverhältnis zwischen Bevölkerungszunahme und Ernährungsgrundlage beruhen. Nach Malthus hat die Bevölkerung die natürliche Tendenz, sich in je 25 Jahren zu verdoppeln, also im geometrischen Verhältnis zuzunehmen, während die Vermehrung der für die Ernährung erforderlichen Lebensmittelmengen in der gleichen Zeit nur im arithmetischen Verhältnis 1, 2, 3, 4 usw. vor sich geht. Dieses Zurückbleiben der Ernährungsgrundlage hinter dem Bevölkerungszuwachs lasse eine volle Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen nicht zu. Die Armen seien so die Enterbten, die Ueberflüssigen, deren Tisch von der Natur nicht gedeckt werde. Als natürliche Folge gehe daraus Elend, Krankheit, Verbrechen und Laster hervor, ein Zustand, der unvermeidlich und notwendig sei, um die sonst unbegrenzte Zunahme der Bevölkerung auf das für den Ernährungsspielraum zulässige Maß zu beschränken.

Diese von dem Malthusianismus in, wenn auch modernisierter Form, heute noch vertretene Auffassung ist oft widerlegt worden. Wissenschaft und Technik haben durch die Steigerung der industriellen wie landwirtschaftlichen Produktion den Beweis erbracht, daß das behauptete Mißverhältnis zwischen Bevölkerungszuwachs und Ernährungsgrundlage nicht besteht. Ferner steht fest, daß die vorhandenen Produktionskräfte in weitestem Umfange vermehrt werden können, um die Voraussetzungen für die ausreichende Ernährung aller gegenwärtig wie in absehbarer Zukunft lebenden Menschen zu schaffen. Das hindert jedoch nicht, daß die Frage einer in naher Zukunft eintretenden Ueberbevölkerung immer von neuem auftaucht, woran sich die düstersten Prophezeiungen knüpfen. Diese stützen sich insbesondere darauf, daß die Zahl der Menschen in den letzten 100 Jahren eine Verdoppelung erfuhr, von 850 auf 1750 Millionen stieg, woraus bei gleichem Fortschreiten der Bevölkerungszunahme für das Jahr 2000 mit einer Bevölkerungszahl von 5000 Millionen gerechnet wird. Diese Berechnung erscheint außerordentlich übertrieben, denn nach den vorliegenden Schätzungen hat die Zahl der Menschen in den letzten 50 Jahren nur um etwa 20 Millionen zugenommen. Das ist zwar auch eine sehr erhebliche Zunahme, doch bleibt sie beträchtlich hinter dem zurück, was vorhanden sein müßte, wenn die angestellten Berechnungen richtig wären.

Gleichwohl ist das Bevölkerungsproblem im Hinblick auf die gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung eigentümlichen Einrichtungen ein sehr ernstes, besonders für die Arbeiter. Die ihnen hieraus drohenden Gefahren liegen sehr nahe, so daß es sich wohl lohnt, darauf näher einzugehen. Anlaß dazu bieten die Ergebnisse der letzten Volkszählung, die in den vor kurzem erschienenen Sonderheften zu „Wirtschaft und Statistik“ behandelt werden. Hiernach hat sich die Bevölkerung des deutschen Reiches in den letzten 54 Jahren, von 1871 bis 1925, von 41 auf 62,3 Millionen = 52 Prozent vermehrt. Ohne die infolge der durch den Krieg verursachten Gebiets- und Bevölkerungsverluste würde sich sogar ein Bevölkerungszustand von 68,8 Millionen, also ein Zuwachs von 67,8 Prozent ergeben. Bedenken, diese Bevölkerung durch rationelle Bewirtschaftung des zur Verfügung stehenden Grund und Bodens aus eigenem zu ernähren, bestehen nach den Feststellungen von einwandfreien wissenschaftlichen Sachverständigen noch nicht. Doch ist der verbleibende Nahrungsmittelspielraum ein sehr enger. Gegenwärtig reicht die Eigenproduktion für die Ernährung des deutschen Volkes überhaupt nicht aus, weil es infolge der noch übermächtigen kapitalistischen und großagrarischen Einflüsse an der notwendigen intensiven Bodenbewirtschaftung fehlt. Aus diesem Grunde bedarf Deutschland der Einfuhr von Nahrungsmitteln, die nur durch die Ausfuhr einer entsprechenden Menge von Industrierzeugnissen behaftet werden können.

Die dieser Ausfuhr entgegenstehenden Schwierigkeiten sind bekannt. Sie entstehen nicht nur durch die Verarmung der bisher für den deutschen Export in Betracht kommenden Länder als Folge des Krieges, sondern auch durch die dort stattgefundenen industriellen Entwicklungen, die sie zunehmend von der deutschen Ausfuhr unabhängig macht und veranlaßt, sich durch Schutzzölle dagegen abzusperren. Hinzu kommt die Schwächung der inneren Kaufkraft Deutschlands als Folge des Krieges, sowie einer verfehlten Kartell- und Preispolitik der deutschen Industrie, mit der Wirkung, daß der deutsche Produktionsapparat nur zu etwa 70 Prozent ausgenutzt werden kann, im übrigen aber dem Leerlauf verfallen ist. Dem-

entsprechend haben wir es, wie die hohen Arbeitslosenziffern beweisen, schon gegenwärtig mit einer relativen Ueberbevölkerung zu tun, breitet vor allem den Arbeitern das Bevölkerungsproblem auf den Nägeln.

In welcher Weise sich dieses Problem entwickelt hat und weiter entwickelt, geht aus der Bevölkerungsbewegung des Reiches hervor. Im Jahre 1871 entfielen auf die Landbevölkerung in den Gemeinden unter 2000 Einwohnern 26,2 Millionen. Diese Zahl ist, wenn man den mit Gebietsabtretungen verbundenen Bevölkerungsverlust von 3,6 Millionen in Abrechnung bringt, mit 22,2 Millionen annähernd konstant geblieben. Dagegen hat sich die städtische Bevölkerung in den Gemeinden über 2000 Einwohner in dem genannten Zeitraum von 14,7 auf 40,1 Millionen, also um nicht weniger als 181 Proz. vermehrt. Diese Zunahme der städtischen Bevölkerung ist keine gleichmäßige, sondern nach den Größenklassen der Gemeinden verschieden. Bei den ländlichen Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern hat eine Abnahme der Bevölkerung stattgefunden, die zum Teil durch ihr Aufgehen in größere Gemeinden zu erklären ist. In den Gemeinden bis 2000 Einwohnern macht sich eine wenn auch geringe Zunahme bemerkbar, die bei den städtischen Gemeinden entsprechend der Größenklasse wächst, am stärksten bei den Großstädten. Während z. B. die Bevölkerung der Landstädte von 1871 bis 1910 nur von 5,1 auf 7,3 Millionen anwuchs, stieg sie bei den Kleinstädten von 4,6 auf 9,2, bei den Mittelstädten von 3,1 auf 8,7 bei den Großstädten sogar von 2,6 auf 13,8 Millionen, also nahezu um das Siebenfache. Im Verlaufe dieser Entwicklung hat sich das Verhältnis zwischen Land- und Stadtbevölkerung vollständig umgedreht. Noch im Jahre 1871 entfielen auf das Land 63,9 auf die Städte 36,1 Proz. der Bevölkerung, 1925 dagegen sind die Landbewohner nur noch mit 35,6, die Stadtbewohner mit 64,4 Proz. vertreten.

Diese in der industriellen Entwicklung begründete Bevölkerungsveränderung mit ihrem Zuge nach der Stadt hat schon früher zu lebhaften Bedenken Anlaß gegeben. Ihre wirtschaftliche Bedeutung tritt um so stärker hervor, als sich der gleiche Vorgang auch in anderen Industrieländern vollzieht. So umfaßt z. B. die städtische Bevölkerung in England, Belgien und in den Niederlanden 75, in der Schweiz 61, Österreich 60, Frankreich 54, Vereinigte Staaten 51, Dänemark 43, Schweden und Norwegen 30 Proz. der Gesamtbevölkerung. Vor dem Kriege erschien die hieraus drohende Gefahr noch verhältnismäßig gering, weil die Industrie imstande war, die vom Lande abgestohlenen Massen aufzunehmen und als Arbeitskräfte zu verwenden. Dazu ist sie gegenwärtig nicht in der Lage. Es muß stark bemerkt werden, ob sie nach Ueberwindung der bestehenden Wirtschaftskrise ihre frühere Aufnahmefähigkeit wieder erlangen wird. Ist das nicht der Fall, so ist bei weiterem Abfließen der Landbevölkerung nach den Städten ein ständiges Wachsen des jetzt schon ungeheuren Arbeitslosenheeres, zugleich aber auch die weitere Verschlechterung unserer Ernährungsgrundlage zu befürchten.

An Vorschlägen, diesen Gefahren zu begegnen, fehlt es nicht. Empfohlen werden insbesondere: Verminderung der Geburten, Förderung der Auswanderung sowie des Siedlungswesens, Besserung der Wohnungsverhältnisse auf dem Lande und der sozialen Lage der ländlichen Arbeiter, Erhöhung der land- und forstwirtschaftlichen Löhne usw. Diese Vorschläge sind beachtenswert genug, um ihre Prüfung und Weiterverfolgung zu veranlassen. Vor allem könnten die Gewerkschaften nicht darüber hinweg, sich eingehend damit zu beschäftigen und die maßgebenden Stellen in dieser Richtung vorwärts zu drängen. Zum Teil ist es bereits geschehen. Es fehlt jedoch noch an dem erforderlichen Nachdruck, wie er zu einer durchgreifenden Abhilfe notwendig ist. Das Abfließen der Landbevölkerung nach den Städten, was man als Landflucht bezeichnet, ist nicht nur in den auf dem Lande schlechteren Lohn- und Arbeitsverhältnissen begründet, sondern zum großen Teil eine Folge der ungünstigen Bodenverteilung, die dem ländlichen Bevölkerungszuwachs die Ansiedlung nicht möglich macht. Dieser Zustand kann nur durch eine gründliche Bodenreform und großzügige Siedlungspolitik beseitigt werden. Mit letzterer ist zwar auch in Deutschland begonnen worden. Sie blieb aber in den Anfängen stecken. Während z. B. von 1911 bis 1923 in dem kleinen Estland 50 000 Neubiederstellen errichtet wurden, waren es in Deutschland nur 13 000. Daß hierin nicht mehr geizig, liegt nur an den Widerständen, die das Großagrariertum der Ausbreitung des Siedlungswesens wie auch der Verbesserung der landwirtschaftlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse entgegensetzt. Diese Widerstände gilt es zu überwinden. Das immer kritischer werdende Arbeitslosen- und Bevölkerungsproblem erfordert gebieterisch seine Lösung, zu der alle geeigneten sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen in Anwendung gebracht werden müssen. M a t t u t a t,

Der Staat im Staate

Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der Mitte Juni in München stattfand, war Zeuge einer Aeußerung von Selbstbewußtsein, wie man es vornehmlich bei Engländern findet, wie es aber bei allen zu wünschen wäre, die führend in den großen Wirtschaftsbewegungen unserer Zeit tätig sind. So auch allen Führern der Genossenschaftsbewegung. Denn die Ueberzeugung des Führers von dem Sieg der Sache wirkt suggestiv in allen Beziehungen mit, die die Massen mit der Sache, dem Kantischen „Ding an sich“ verbinden. „Bereits heute bilden die britischen Genossenschaften einen Staat im Staate, und es kommt mit absoluter Gewißheit die Zeit, wo der ganze britische Staat ein einziger genossenschaftlich organisierter Staat ist.“ So sagte der Engländer Horrocks in seiner Begrüßungsansprache beim Münchener Genossenschaftstag. Mit einem Selbstbewußtsein, das sich nicht nur auf theoretische Ueberzeugung, sondern auf Tatsachen gründet. Denn rund 75 Jahre Konsumgenossenschaftlicher Bewegung in England haben genügt, um den Beweis zu erbringen, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsform der privatkapitalistischen in Oekonomie und Moral unbedingt überlegen ist. Wie hätte es denn sonst sein können, daß in dem ältesten Industrie- und Handelsstaat der Welt die genossenschaftliche Warenverteilung und die darauf aufgebaute genossenschaftliche Gütererzeugung, ausgehend von dem genossenschaftlichen Kramladen der 27 Weber in der Krötengasse zu Rochdale, nicht nur mit vollem Erfolg auf dem Warenmarkt ihre Konkurrenz gegen die jahrhundertalte Privatwirtschaft aufbauen, sondern ihren Mitgliedern bei gleichen Warenpreisen immense Vorteile verschaffen konnten!

Das Geheimnis dieses Erfolges bestand eben darin, daß die Grundzüge und Methoden der genossenschaftlichen Wirtschaftsführung, zunächst theoretisch als richtig und zweckmäßig erkannt, dann praktisch erprobt, die Massen anzogen, die nun — genossenschaftlich organisiert wurden. Die Genossenschaft besitzt den geschlossenen Abnehmerkreis, sie braucht den freien Markt gar nicht und steht in Folge ihrer Leistungen außer Wettbewerb. Die Organisation der „Gesellschaft“, d. h. der Bevölkerung, bildet die Grundlage der Genossenschaftswirtschaft, ihre ökonomische und sittliche Ueberlegenheit gegenüber der Privatwirtschaft. Es ist das „Etwas“, das von der kapitalistischen Wirtschaft nicht nachgemacht werden kann.

Den Haushaltsbedarf von fünf Millionen englischer Familien, d. h. von etwa 45 Proz. des englischen Volkes decken die Konsumgenossenschaften und deren Großhandelsgesellschaften. Der Warenumsatz, die Warenherstellung und der Geldverkehr der englischen Genossenschaftsbanken gehen jährlich in ungezählte Milliarden Goldmark — also, ein starker Teil der englischen Natural- und Geldwirtschaft ist genossenschaftlich besetzt, mit Beschlag belegt. Und wer daran denkt, wie in England die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industrie mit dauernd über 1 Million Arbeitsloser und den nie endenden Streiks wachsen und daß schon die feinerzeitige Arbeiterregierung Macdonalds unter ihren Ministern fast lauter aktive und bewährte Genossenschaftler zählte, wird ohne viel Phantasie den Zeitpunkt kommen sehen, wo der „Staat im Staate“ ein „genossenschaftlich organisierter Staat“ geworden ist.

Sieht man sich weiter in der Welt des Genossenschaftswesens um, so findet man eine ungeheure Entwicklung in den letzten 10 bis 15 Jahren. Der Internationale Genossenschaftsbund, der am 3. Juli mit dem vierten Internationalen genossenschaftlichen Weltkongress das Prinzip der genossenschaftlichen Volkswirtschaft in allen Ländern der Welt manifestierte, stellt das Vorhandensein von rund 200 000 Genossenschaften in 34 Ländern fest, welche etwa 45 Millionen Mitgliederfamilien zählen. Darunter befinden sich allein 80 000 Konsumgenossenschaften mit etwa 36 Millionen Mitgliedern, die mit ihren Familien mehr als 140 Millionen Menschen umfassen, deren materielle Lebensbedürfnisse durch genossenschaftliche Organisationen gedeckt werden, oder gedeckt werden können.

Im Jahre 1905 gab es erst 18 000 Konsumgenossenschaften mit rund 3 600 000 Mitgliedern in allen Ländern der Welt; heute die zehnfache Zahl an Mitgliedern, während z. B. die Bevölkerungszahl Europas in den letzten 20 Jahren eben von 360 Millionen auf 450 Millionen anwuchs, also nur um 25 Proz. zunahm. Daß im gleichen Verhältnis die genossenschaftliche Wirtschaftsform die nationalen Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft zu durchdringen und zu beleben beginnt, dafür bietet, wie gezeigt, das Konsumgenossenschaftliche England das beste Beispiel. Auch für das Werden des „Staates“ im Staate.

Aber auch die Konsumgenossenschaftliche Bewegung Deutschlands befindet sich seit den letzten 20 Jahren in unverhältnismäßig stärkerer Entwicklung als seine Bevölkerung, die um 25 bis 30 Proz. zugenommen hat, während die Zunahme der Konsumvereinsmitglieder von rund 600 000 im Jahre 1903 auf nahezu 4½ Millionen im Jahre 1925 das Siebeneinhalbfache, also 750 Proz. beträgt.

Die deutsche Genossenschaftsbewegung überhaupt zählt rund 53 000 Genossenschaften aller Art mit 7 bis 8 Millionen Mitgliederfamilien. Sie ist zusammengenommen die weitaus stärkste Wirtschaftsbewegung, und es ist deshalb von etwas mehr als nur geschichtlichem Interesse, wenn man angesichts des selbstbewußten Engländer daran erinnert, daß schon in den 1860er Jahren das Wort vom „Staat im Staate“ gegenüber den Genossenschaften geprägt wurde. Es war bei Beratung des ersten Genossenschaftsgesetzes, dessen Entwurf von Schulze-Delitzsch, dem „Vater“ des deutschen Genossenschaftswesens im preussischen Abgeordnetenhaus eingebracht worden war, als der konservative Junker v. Pappenheim auf die Gefährlichkeit der Genossenschaftsgründungen mit der Bemerkung hinwies, daß dies ein „Staat im Staate“ sei. Da Schulze-Delitzsch als Steuervereinerer sowie im revolutionären Verdachte stand, konnte das Wort des preussischen Junkers entsprechend ausgelegt werden, um die Entwicklung der Genossenschaften zu verhindern.

Aber es hat nichts genutzt; der „Staat im Staate“ hat sich bis jetzt in ungeahnter Weise entwickelt und wenn nicht eine zehnjährige Unterbrechung dieser Entwicklung (1914—1924) stattgefunden haben würde, so könnten mit dem gleichen Selbstbewußtsein, wie der Engländer Horrocks, die deutschen Konsumgenossenschaften von ihrem „Staat im Staate“ reden und als ein glänzendes Kompliment werten, was der preussische Junker zu demenziatorischen Zwecken prophezeite.

Dafür aber wird die Genossenschaftsbewegung und insbesondere die Konsumgenossenschaftliche im nächsten Dezennium in gefeigertem Tempo nachholen, was 10 Jahre zuvor ohne ihre Schuld verfaumt werden mußte.

ff.

Briefe von der Gefolei

III. Der Mensch.

Welche Fülle von interessantem Material über den Menschen! Aber auch welche Fülle von Problemen taucht auf, wenn wir das Gebände der „Gefolei“ besichtigen, das den stolzen Titel trägt: „Der Mensch“. Ist der Mensch nicht der Mittelpunkt des Weltgeschehens? Sollte er nicht mindestens das umfassendste Problem aller Wissenschaft und Technik sein? Ach, der Mensch schuf sich die Maschine zu seiner Erleichterung und nun wurde er Sklave der Maschine. Aber hier in der „Gefolei“ dreht sich's um ein anderes Kapitel „Mensch“.

Der Mensch als Individuum ist bewundernswert. In seiner höchsten Blüte, den Denkern, Dichtern, Komponisten, aber auch der Mensch als Gesamtwesen verdient Bewunderung, wenn gleich ich hier stehen muß. Wird heute der Mensch als Masse geachtet oder nicht? Die Frage stellen heißt, sie mit nein beantworten. Es ist kommen Profit (d. h. Mehrwert) und Privileg des einzelnen Hünplings, Fürsten oder Königs oder auch des „glücklich Beschunden“, dann kommt die „Rasse“, die vielfach als „Kulturdingler“ dient oder um den Willen einzelner Despoten zu genügen. So war's beinahe zu allen Zeiten. Wird es später anders

sein? Hier sagen wir Sozialisten stritte: Ja! Und die Menschheitsgeschichte ist reich an Beispielen, daß diese Schmach aller Menschen zum Kommunismus und Sozialismus, zum ewigen Völkerrfrieden, die stärkste Aktion des Massenwillens, nämlich die Revolutionen, ausgelöst hat.

Aber alle diese Dinge werden in der Düsseldorfer Ausstellung nur ganz lose angedeutet. Hier in der Ausstellung „Mensch“ handelt es sich vorwiegend um den physischen Menschen, d. h. in der körperlichen Zusammensetzung von Knochen, Muskeln, Sehnen, Blut, Nerven usw. Da steht ein ungeheurer Bottich vor mir. Es ist das Blut eines Menschen, das das Herz in endloser Arbeit durch den Körper pumpt. Jeder staunt und hält es für fast unmöglich, daß ein Menschenherz so viel Arbeit zu leisten vermag.

Was die Ausstellung „Der Mensch“ in der „Gefolei“ besonders auszeichnet, ist ihre strenge Wissenschaftlichkeit und Systematik. Von der Entwicklung des Lebens auf der Erde, bis zur neuzeitlichen Gestaltung des Menschenlebens ist ein weiter Weg, und man kann nur mit dem Stoßseufzer bei den zahlreichen Krankheitserscheinungen des Menschen enden: „Ach wir armen Schächer!“ oder anders ausgedrückt: Was ist das Menschenleben rein physisch genommen doch für ein wunderbares Ding, aber auch, wenn die Organe erkrankt sind, was für ein armseliges hilfloses Wesen ist der Mensch. Das wäre mit eigentlich ein wichtiger Grund mehr, um die allgemeine menschl-

Die kleine Beförderungsreform in Sachsen

Am 6. Juli behandelte der Sächsische Landtag folgenden Antrag des Sonderausschusses für Beamtenfragen und des Haushaltsausschusses A:

„Der Landtag wolle beschließen: 1. Die Regierung zu ermächtigen, bei der Aufhebung von verchiedenen Beamten und Lehrern aufzunehmenden Besoldungen im Rahmen der unter Anlage A nachfolgenden Richtlinien mit Wirkung vom 1. April 1926 auszugleichen. — 2. Die Regierung zu ermächtigen, die durch die eintretende sogenannte kleine Besoldungsreform geschaffenen Lücken, vor allem in den Fällen, in denen bereits zum niedrigeren Rate eine Zurücksetzung aus dem jetzigen Anwartschaftsstand erfolgt ist, auszufüllen, mindestens durch vordringende, auf die Besoldung abzielende Maßnahmen. — 3. Die Regierung zu ermächtigen, die durch die bisherige Besetzung des Ruhegeldes der bis Ende März 1920 in den Ruhestand versetzten Beamten und Lehrer angerechneten Besoldungen im Rahmen der unter Anlage B nachfolgenden Richtlinien mit Wirkung vom 1. April 1926 auszugleichen. — 4. Im Staatshaushaltsplan für 1926 die Einhebung in Kapitel 17 Titel 2 von 1.700.000 RMK. auf 2.600.000 RMK. zu erheben.“

Die Richtlinien der Anlage A sehen für eine große Reihe von Beamtengruppen die Aufhebung nach dem Dienstalter vor. Kantlisten und Kantlisten rücken bereits nach einjähriger planmäßiger Anstellung aus Gruppe III auf, ebenso die Justizunterwachmeister. Allerdings befinden sich diese in Gruppe II. Wir wollen hier nun hauptsächlich die uns interessierenden Gruppen anführen:

Gruppe II: Strohenspäher, Monatswärter, Postwärter nach sechs Jahren planmäßiger Anstellung. — Gruppe III: Gärner, Sandwerter, Wäschknecht, Rohenspinner nach zehn Befoldungsdienstjahren; Hilfer und Sägewerker nach vier Jahren planmäßiger Anstellung; Laboratoriumsgehilfen nach sechs Jahren planmäßiger Anstellung; Köchinnen nach 18 Jahren planmäßiger Anstellung; Pächter nach zehn Befoldungsdienstjahren. — Gruppe VI: Amtsschreiber nach zwölf Befoldungsdienstjahren; Amtsschreiber, Amtsschreiber, Zimmereisen nach zehn Befoldungsdienstjahren; Forster nach 15 Befoldungsdienstjahren.

Die Anlage B enthält Richtlinien für Besserstellung der Altersrenten, also solcher, die am 1. April 1920 bereits im Ruhestand waren. Danach erhalten diese bei Befoldungsgruppen I und II einen Zuschlag von 100 Proz., bei Gruppen III bis V 75 Proz. und bei Gruppe VI und folgenden 50 Proz. des Altersbeitrages im Höchstzulagegehalt aus dem Endgrundgehalt der Befoldungsgruppe, der der Beamte auf Grund des Pensionsergänzungsgesetzes zugeteilt worden ist und dem Höchstzulagegehalt aus dem Endgrundgehalt der nächsthöheren Befoldungsgruppe.

Wenn in den Richtlinien A auch Aufhebung nach bestimmten Zahlen von Jahren vorgelesen ist, so ist dadurch nicht ausgeschlossen, daß bei freiverdenden Stellen Beamte mit weniger Jahren in diese einrücken. Sicher ist, daß die hier getroffene Regelung nicht alle Beamtengruppen befriedigt, aber, wenn der Haushaltsplan große Spielräume aufweist, mußten sich die Beamtenvertreter im Haushaltsausschuss A vorläufig damit abfinden, daß zunächst genommen wurde, was zu bekommen war. Gegen den Abzug 2 des obigen Antrages erhob die Regierung Bedenken; als Beispiel führte ihr Vertreter Dr. Fritzsche an, daß bei Annahme des Abz. 2 bei der Polizeiverwaltung allein 300.000 Mk. mehr gebraucht würden. Bei der Abtätigung wurde Abz. 1, soweit die Gruppen I—X in Frage

kommen, angenommen, bezüglich Gruppe XI jedoch abgelehnt. Zu Abz. 2 hatte Abg. Franz folgenden Antrag gestellt:

„Der Landtag wolle beschließen, an Stelle des Abz. 2 folgenden Satz zu stellen: Es wird von der Regierung erwartet, daß in den Fällen, wo durch die sogenannte kleine Beförderungsreform Benachteiligungen des Beförderungsverhältnisses eintreten, diese durch geeignete Maßnahmen von der Regierung behoben werden.“

Der Antrag wurde mit 44 Stimmen der Rechten gegen 43 Stimmen der Linken abgelehnt. Hierauf wurde auch Abz. 2 des Hauptantrages abgelehnt, alle übrigen Punkte angenommen. In Gruppe XI war eine Aufhebung der Amtshauptleute nach fünf Befoldungsdienstjahren vorgesehen. Ein Antrag wurde:

„Die Regierung zu erlauben, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob mit dem neuen Haushaltsplan die Aufhebung der gesamten Beamten im Verhältnis von 2:2:1 durchgeführt werden kann, sowie ein Antrag, die Regierung zu erlauben, falls bis zur Aufstellung des Staatshaushaltsplanes für das Jahr 1927 die geplante Neuordnung der Befoldungsverhältnisse der Beamten nicht eintritt, über den Antrag 1922 oder einen ähnlichen Antrag d. Fritz hinaus dem Landtage vorzulegen auf Einführung günstigerer Beförderungsverhältnisse bei anderen Beamtengruppen zu machen.“

wurde dem Befoldungsausschuss überwiesen; ebenso ein kommunikativer Antrag, wonach die Regierung beauftragt wird, sämtliche Beamte, die nach dem jetzigen Haushaltsplan in Gruppe I und II der Befoldungsordnung eingestellt sind, nach Gruppe III der Befoldungsordnung zu überführen und zu bezahlen. — Folgender Antrag wurde angenommen:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu erlauben, dem Landtage recht bald eine neue Befoldungsordnung für die sächsischen Beamten vorzulegen. In dieser Befoldungsordnung sind die von den Beamtenvereinigungen geäußerten Wünsche zu berücksichtigen und vor allem die Gruppen I bis III an das Existenzminimum anzupassen.“

Mit den oben gekennzeichneten Landtagsbeschlüssen ist die sächsische Befoldungsordnung gegenüber ihrem Urzustande erheblich zugunsten der unteren und mittleren Beamten abgeändert worden. Nachdem im Jahre 1925 2000 Höherstellungen bei den Gruppen I—VI vorgenommen worden sind, kommen in diesem Jahre weitere 2000 hinzu, also 3200 von insgesamt 17000 Stellen. Insgesamt betragen die Höherstellungen 1926 4500 Stellen rund, die meisten davon erhalten Polizei und Lehrer. Für das Polizeipersonal kommen 411 Stellen in Frage, für die Handwerker 41 Stellen. Eine Polizei und Lehrer betragen die Höherstellungen rund 1100. Reich und Freuden haben etwa 3000 Höherstellungen vorgenommen, die meisten der übrigen Länder, besonders Bayern, haben dahingehende Anträge der Beamten bisher abgelehnt.

Dasselbe trifft auch auf die Urlaubsordnung zu. Bekanntlich verfügte das Reich 1924 den Urlaub der Beamten ganz erheblich. Es hat auch jetzt noch kürzeren Urlaub vorgezogen, als ihn die sächsische Regierung ihren Beamten in stets gleicher Höhe gewährt. Die sächsischen Beamten einschließlich der Gemeindebeamten, soweit sich die Gemeinden nach den Richtlinien des Gemeindetages richten, erhalten in den Gruppen I—III 1. Altersstufe fünf Tage

liege Solidarität stärker in den Vordergrund zu rücken. Gerzly zeigt die Ausstellung, daß unendlich viel für den kranken Menschen geschieht, zur Heilung oder auch Verhütung von Krankheiten. Aber was sich doch noch stärker und mehr aufdrängt ist die Tatsache, daß die vorbeugenden Maßnahmen der menschlichen Gesellschaft zur Erhaltung ihrer Mitglieder bei weitem nicht so umfangreich sind, wie sie wohl sein könnten.

Was wäre wohl auch physisch der Mensch, wenn er ohne Sorgen (z. B. Arbeitslosigkeit) nicht als Slave, sondern als Herr der Maschine nur so lange tätig wäre in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft usw. als es ihm Freude macht und es unbedingt nötig ist für die gemeinschaftliche Arbeit. Das würden nach Bedarf drei bis vier Arbeitsstunden pro Tag sein! Wenn dann noch die Eigenheit, d. h. eine planmäßige Pflege der guten Anlagen des Menschen und planmäßige Ausschaltung der ungunstigen Anlagen erfolgen würden, so wäre die Einführung des Sozialismus in der Hauptsache gegeben.

Für unsere Kollegen im Gesundheitswesen bietet sich im übrigen in dem Ausstellungspavillon „Der Mensch“ eine solche Fülle von Einzelstudien und Materialien, wie sie erstmalig vielleicht nur in der Dresdener Hygiene-Ausstellung 1911 zu sehen war, worüber feinerzeit in der „Sanitätswarte“ und „Gewerkschaft“ ausführlich berichtet worden ist.

An einem Spezialmodell wird die Herztätigkeit im Blutkreislauf genau dargestellt. Natürlich macht unser Herz dabei nicht so viel Spezialität, wie die technische Mechanik des Modells. Es bleibt aber trotzdem bewundernswert, was durch die Technik an Anschaulichkeit gewonnen wird.

Ein ganzer Saal ist ausschließlich dem Teilausschnitt der Atmung gewidmet. Dabei sind auch furchtbare Wirkungen der Industriearbeit, insbesondere im Bergwerk durch „Kohlensäuren“, die völlig mit schwarzem Kohlenstaub durchsetzt sind, dargestellt. Andererseits wird sehr anschaulich die Wirkung einer planmäßigen Atemgymnastik bei sportlichen Betätigungen veranschaulicht. Es ist ein größerer Raum allein für die verschiedenen gymnastischen Systeme eingerichtet, wo man das „Kontendieren“ oder auch das wieder neuzeitliche „Müllern“ anschaulich studieren kann. Jedenfalls wird von den meisten Menschen der Teilnahme viel zu wenig Bedeutung beigemessen und auch in weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist hier noch viel Aufklärung nötig.

Viel Material ist über die Verdauung des Menschen zusammengestellt. Neben der Darstellung der einzelnen Verdauungsorgane sind auch die Nahrungsmittel und die Nahrungsmittel für einen Menschen dargestellt, wie er es im Laufe eines Jahres benötigt. Es ist furchtbar! Man will es schier nicht glauben, wenn

mehr als die Reichsbeamten, in der 2. Altersklasse drei Tage mehr, in der 3. Altersklasse gleich; in Gruppe IV 1. Altersklasse drei Tage mehr, in der 2. Altersklasse einen Tag weniger, in der 3. Altersklasse drei Tage weniger; in den Gruppen V und VI 1. Altersklasse sechs Tage mehr, 2. Altersklasse drei Tage mehr. Die sächsische Regelung ist also für den jüngeren Beamten der unteren Befoldungsgruppen günstiger, und die sächsische Regierung hat bisher die Forderung der Reichsregierung, den sächsischen Urlaub dem Reichsurlaub anzupassen, abgelehnt.

Auch bei der Einführung in die Befoldungsordnung hat sich die sächsische Regierung wenig Vorschriften von der Reichsregierung machen lassen. Ueber die letzte von der Regierung vorgeschlagene, vom Landtag bewilligte und oben geschilderte Regelung berichtet die freigeberische „Allgemeine Deutsche Beamtenschaft“ wie folgt:

„Sachien als Vorbild. Der Sächsische Landtag hat der Regierung 1.1 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, damit sie Härten, die bei der Aufzählung von Beamten und Lehrern auftreten, im Rahmen bestimmter Kontingenzen ausgleichen kann. Die Regierung ist ferner ermächtigt worden, auch den Pensionären Zuschüsse zu bewilligen. Möge sich die Reichsregierung und namentlich das Reichsfinanzministerium ein Beispiel daran nehmen.“

Wir hoffen, daß den Kollegen außerhalb Sachsens durch die sächsische Regelung die Möglichkeit gegeben ist, bei ihren Regierungen auf ähnliche Regelungen hinzuwirken. Für Sachsen müssen wir aber nun, nachdem Verbesserungen für die Beamten geschaffen wurden, auch an die Staatsarbeiter denken, denn im Vergleich zu denen, die mit ihnen an einer Arbeitsstelle denselben Dienst verrichten, aber Beamteneigenschaft besitzen, sind sie bedeutend schlechter gestellt. Auch in diesem Hinsicht kann man, wenn man will, Härten erkennen, und diese müssen auch bei den Arbeitern ausgeglichen werden.

A. Raumburger.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1925

Das Jahr 1925 brachte in der ersten Hälfte des Jahres eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder. Doch die im Herbst einsetzende schwere Wirtschaftskrise, die sich schon im Sommer durch eine ständig wachsende Beschäftigungslosigkeit ankündigte, lähmte die weitere Entwicklung. Immerhin schloß das Berichtsjahr gegen das Vorjahr noch mit einem Zuwachs von 156.644 Mitgliedern ab.

Die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Verbände verringerte sich von 41 auf 40. Der Verband der Chorleiter schied im April 1925 aus dem ADGB, er gehört nunmehr dem AFDV-Bunde an. Bei seinem Ausscheiden zahlte dieser Verband 5457 Mitglieder. Die im ADGB vereinigten 39 Verbände hatten am Ende des Jahres 1925 zusammen 4.182.511 Mitglieder gegen 4.023.867 am Ende des Jahres 1924. Der Höchststand an Mitgliedern wurde mit 4.213.545 im September erreicht. Am Durchschnitt des Jahres zählten die Verbände 4.150.451 Mitglieder, darunter 751.585 weibliche und 122.182 jugendliche. Die folgende Aufstellung zeigt die Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände am Ende der Jahre 1925 und 1924 und im Durchschnitt des Jahres 1925.

	Gesamten Mitglieder			
	am Ende des Jahres		im Jahresdurchschnitt	
	1925	1924	1925	1925
	insgesamt		insgesamt	dabon weiblich
Vaugewerksbund	342 235	319 376	345 684	512
Befoldungsarbeiter	82 822	87 640	87 450	46 716
Bergarbeiter	187 818	190 224	188 124	311
Bäcker	8 777	8 848	8 940	165
Knäueler	49 958	53 302	53 185	36 166
Waldarbeiter	79 340	71 924	76 631	—
Chorleiter	—	3 457	—	—
Taschenseker	9 387	9 228	9 246	—
Eisenbahner	197 990	186 960	183 099	1 297
Textilarbeiter	334 685	325 700	343 538	84 990
Feuerwehrmänner	7 926	7 830	7 830	—
Handwerker	1 273	3 686	1 739	384
Reisende	12 818	12 984	12 925	1 767
Reisebegleiter	3 579	3 581	3 520	401
Gärtner	9 564	8 955	9 525	1 377
Gemeinde- und Staatsarbeiter	200 464	187 546	196 051	29 464
Glasarbeiter	45 392	36 604	45 350	9 118
Graph. Hilfsarbeiter	37 793	33 125	36 795	24 643
Hotelarbeiter	297 511	284 742	299 970	26 243
Hotels-, Rest- und Caféangestellte	23 470	22 413	22 908	5 742
Putzarbeiter	19 053	18 563	19 151	12 635
Maschinenarbeiter	6 269	5 637	6 063	—
Landarbeiter	185 212	179 656	155 299	27 014
Lebensmittel- und Getränkearbeiter	67 691	65 235	67 312	4 506
Redakteure	38 953	40 170	40 502	8 240
Typographen	21 561	18 996	20 546	34
Maerker	41 983	37 237	41 127	221
Maschinenisten	44 336	41 046	44 420	69
Metallarbeiter	764 609	710 934	754 056	63 945
Maler	25 211	22 830	23 283	611
Nahrungs- und Genussmittelarbeiter	54 119	52 761	53 718	26 491
Porzellanarbeiter	47 534	50 545	50 066	20 656
Sanit., Pap. u. Postel.	31 890	31 341	32 832	5 716
Schornsteinfeger	2 892	2 703	2 833	—
Schuhmacher	84 412	85 372	86 861	38 081
Schweizer	11 255	11 309	11 277	193
Steinarbeiter	55 931	43 823	53 568	461
Tafelarbeiter	58 258	66 712	62 927	47 948
Textilarbeiter	312 935	326 542	323 190	199 309
Verkehrsbund	289 455	274 275	285 964	26 159
Zimmerer	86 150	80 264	85 890	—
Zusammen	4 182 511	4 023 867	4 156 451	751 585

Die Massenverhältnisse der Verbände haben sich im allgemeinen gut entwickelt. Die Beitragshöhe ist beträchtlich gestiegen und damit ist auch die Beitragseinnahme erheblich gewachsen. Die Gesamteinnahme betrug 147.526.701 Mk gegen 97.037.000 Mk im Vorjahre. Von der Jahreseinnahme 1925 konnten 136.256.640 Mk auf Beitragsleistungen. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 125.874.093 Mk. Für Unterstützung wurden 33.042.727 Mk, für Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen 29.556.960 Mk, für Verbandsorgane und Bildungszwecke 5.968.770 Mk und für Agi-

man die ungeschulten Mengen auf einem Haufen sieht. Dabei wird neuerdings wieder härter die Theorie auch in Westkreisen vertreten, es werde meistens zwiefel geessen. Nimmt man aber den gewöhnlichen Arbeiterhaushalt, so sehen sich u. E. die Dinge wesentlich anders an. Unzählige Male ist die Unterernährung von Arbeiterkindern auch in neuerer Zeit von Schulärzten festgestellt worden. Dabei bleibt andererseits die Frage offen, ob die Küchengettel in der Arbeiterfamilie immer „rationell“, d. h. im Sinne der zweckmäßigen Mengen von Ernährungs-Kalorien vor sich geht. Hier konnte durch Hauskaltungskunden in der Schule, besonders aber in der Fortbildungsschule für junge Mädchen Plan und Ziel in den Einzelhaushalt gebracht werden. Denn nachweislich fehlt es den meisten Großstadtmädchen und -frauen an entsprechenden volkswirtschaftlichen, hygienischen und pönsiologischen Kenntnissen mundtun bis zum Eintritt in die Ehe. Und der junge Ehemann ist oftmals unwacht das Opfer einer Küche, die vorwiegend „mit Liebe“ kocht, anstatt mit den von der Wissenschaft als notwendig erkannten Ernährungsmagazinen. Doch hier habe ich mich wohl auf ein fröhliches Gebiet begeben. Deswegen will ich lieber schweigen. Jedenfalls zeigt die Düsseldorfener Ausstellung, daß für Ernährung und Verdauung doch viel mehr geschehen kann und daß auch das Streifen- oder ein sonstiges „Lebenssalz“ darüber nicht hinwegtäuschen kann.

Ueber das Herz ist schon einiges gesagt worden. Aber auch als Muskel ist es ein eigenartiges Ding. Eine ungeheure Kraft ist darin aufgespeichert, und wenn man an den Modellen die Herz-tätigkeit verfolgt, begreift man erst, warum so viele Menschen herzkrank sind und in ewiger Sorge um ihr Leben sein müssen. Man hat früher das Herz als Sitz des Gefühls angesehen, während im Kopf der Verstand herrschen sollte. Neuerdings weiß man, daß Entscheidungen, auch soweit sie sich aufs Gefühl übertragen, doch letzten Endes von den Gehirn- und Nervenstellen herrühren. In der Erforschung des Hirns sowohl als der Nerven sind wir freilich noch nicht so weit voran. Hier bleibt der wissenschaftlichen Betätigung noch manches Rätsel zu lösen. Eine gewisse Berechtigung hat auch trotz allem die Darstellung vom „warmen Herzen“; denn der gesunde Mensch mit gesundem Herzen wird in der Regel auch für Gefühlswaltungen stärker zugänglich sein als jemand mit pathologischen Herzen, bei dem sich der krankhafte Zustand auch leicht in das Gefühlslieben überträgt.

Im Pavillon „Mensch“ vermag auch der Late sich soweit zu orientieren, daß er die elementarsten Bedingungen für ein gesundes Leben genau kennen lernt, allerdings gehört dazu erheblich Zeit. Um diese Freizeit auch für solche Ausstellungsbeuche zu erringen, arbeiten und wirken wir in den freien Gewerkschaften. Ebl.

tionen, Generalversammlungen, Vorbereitungen usw. 21 723 230 Mf. vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926. Die Ausgaben für den Vorjahr und die für die wirtschaftlichen Bewegungen im 12. Monat 1925 betragen 12 971 000 Mf. gegen 12 971 000 Mf. Die Besetzung erledigte eine Ausgabe von 25 100 000 Mf. Von je 100 Mf. der Gesamtausgabe wurden für Ausgaben von 26,26 Mf., dagegen 1924 14,98 Mf. Von den Lohnsteuergewinnungen kamen auf Arbeitslosenunterstützungen 13 814 291 Mf., Kontenunterstützung 14 130 286 Mf., Lohnsteuergewinnung 17 718 188 Mf. und auf die übrigen Unter-
stützungen 22 56 398 Mf.

Eine wichtige Aufgabe verdienen die Ortsausschüsse des ADGB. Ihr Bestand war besonders hoch von der Währungsreform an. Zwischen haben viele Ortsausschüsse, die ihre Tätigkeit einstellen mußten, diese wieder aufgenommen. Durch die Statistik von 1925 wurde der Bestand von 1924 10 111 Ortsausschüssen festgestellt, von denen 1011 berichteten. Die größeren Ortsausschüsse verfügen über recht reichhaltige und für die Arbeiterschaft wertvolle Einrichtungen. In 12 Orten bestehen Gewerkschaftshäuser, von denen sich 192 in Eigenbesitz der Ortsausschüsse befinden. In ihnen sind meistens Versammlungsräume, Bureaus und Restaurants eingerichtet, in 15 befinden sich Hotelbetriebe und 36 sind mit Herbergen verbunden. In den Gewerkschaftshäusern findet das gemeinsame Zusammenwirken der Gewerkschaften am Ort für gleiche Ziele eine Stätte. Für die Mitglieder recht wertvolle Einrichtungen sind die Rechtsberatungen, Stellen der Ortsausschüsse. Im Berichtsjahre unterhielten 115 Ortsausschüsse Arbeitersekretariate, die von praktisch geschulten Angestellten verwaltet wurden. 11 Sekretariate zählten als Bezirkssekretariate, die im Auftrage des Bundes die bei den Oberverwaltungsinstanzen anhängig gemachten Streitigkeiten zu vertreten haben. Die Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt wird von der Rechtsabteilung des Bundesvorstandes wahrgenommen. Außer den Sekretariaten bestanden 219 Rechtsauskunftstellen, die nebenberuflich verwaltet wurden. 43 Ortsausschüsse unterhielten zur Förderung ihrer Geschäfte eigene Bureaus mit Angestellten. In 696 Orten bestanden sich gemeinsame Bibliotheken.

Die Beitragsleistungen für die Ortsausschüsse haben sich im Berichtsjahre sehr gehoben. Insgesamt vereinnahmten die an der Statistik beteiligten Ortsausschüsse 1925 2 587 610 Mf., davon flossen 2 057 681 Mf. aus Beiträgen. Die Gesamtausgabe betrug sich auf 2 328 594 Mf. Die Rechtsberatungsstellen erforderten einen Rohaufwand von 709 958 Mf., und für Bildungszwecke wurden 34 135 Mf. verausgabt. Die Arbeitersekretariate erhalten als gemeinnützige Einrichtungen in vielen Fällen auch Zuschüsse aus öffentlichen Kassen. Diese Zuschüsse beliefen sich 1925 auf insgesamt 88 715 Mf. Davon kamen aus Staatskassen 20 636 Mf. und aus Gemeinde- und Kreisstellen 58 229 Mf. 9850 Mf. wurden von anderen Körperschaften aufgebracht.

Das demnächst erscheinende neue Jahrbuch des ADGB enthält eine durch zahlreiche Tabellen belegte eingehende Darstellung des organisatorischen Bestandes des ADGB und der Finanzverwaltung der dem Bund angeschlossenen Verbände im Jahre 1925. Es sei schon jetzt auf das für die Erkenntnis des Wirkens der in Deutschland nachgehenden gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen bedeutenden Wertes hingewiesen.

Kleidung und Gesundheit

Der menschliche Körper verfügt über eine Reihe von Hilfsmitteln, welche die Nahrungsstoffe so umwandeln, daß von ihnen der Sauerstoff der Luft aufgenommen werden kann. In der Naturwissenschaft bezeichnet man eine solche Sauerstoffaufnahme als Verbrennung. Durch diesen Vorgang wird die Körperwärme erzeugt, welche beim Menschen etwa 36,5 Grad Celsius beträgt. Im Laufe des Tages pflegt die Körperwärme nur um wenige Zehntel Grade zu schwanken. Wenn nun durch die Nahrungsaufnahme dem Körper ständig Wärme zugeführt wird und die Körpertemperatur unverändert bleibt, so muß die im Lebenslauf entstehende Wärme auf irgendeine Weise abgegeben werden. Die Ausgabe der Wärme findet stets auf dreierlei Weise statt: durch Strahlung, durch Leitung und durch Wasserverdunstung. Die Größe der Wärmeabgabe ändert sich mit der äußeren Temperatur, ohne jemals auf Null oder unter Null zu fallen. Auch wenn die äußere Temperatur die Höhe der Körperwärme erreicht, wird noch Wärme abgegeben, und zwar durch Wasserverdunstung. Ist die Sättigung der Luft mit Feuchtigkeit so groß, daß eine Wasserverdunstung ausgeschlossen ist, so ist das Leben nicht möglich. Die Kleidung soll nun die Wärmeabgabe vom Körper in zweckentsprechender Weise herabsetzen, sowohl in trockenem

als auch im feuchten Zustande; ferner soll sie die normale Wasserdampf-
abgabe ermöglichen und schließlich die direkte Bestrahlung des Körpers verhindern.

Je nach den klimatischen Verhältnissen, unter welchen der Mensch lebt, richtet er seine Kleidung ein. Die Kleidung besteht aus pflanzlichen Fasern, Tierhaaren oder Seidenfäden. Baumwolle, Leinen, Hanf und Jute beziehen aus pflanzlicher Faser; Welle, Seide und Leder werden aus tierischem Material hergestellt. Der Unterschied zwischen tierischen und pflanzlichen Fasern läßt sich auf folgendem Wege feststellen:

Die tierische Faser löst sich beim Kochen in mäßig konzentrierter Kalilauge auf, sie färbt sich mit Pikrinsäure und Anilinfarben und brennt, angezündet, nicht fort; die pflanzliche Faser löst sich in Kalilauge nicht auf, färbt sich nicht dauernd in Pikrinsäurelösung, brennt aber, angezündet, fort. Am wichtigsten ist die zwischen den einzelnen Schichten der Kleidung eingeschlossene Luft. Ein Stoff ist um so lufthaltiger, je poröser er gewebt ist. Dicke und Luftgehalt einer Kleidung hängen von der Verarbeitung ab. Am dünnsten sind glatte Leinen- und Seidenstoffe. Trikotstoffe sind dicker als diese und flanel ist etwa 2-3 Millimeter dick. Der Luftgehalt beträgt in gleichen Geweben etwa 50 Proz., in Fellen 98 Proz., ist also außerordentlich hoch. Der Luftgehalt der Kleidung stellt ein Bindeglied dar zwischen der direkt über der Körperhaut liegenden warmen Luftschicht und der Lufttemperatur; dieser Luftgehalt bedingt einen langsamen Austausch und verhindert so eine zu schnelle Abkühlung. Die lufthaltigen Stoffe lassen sich etwa bis auf ein Drittel ihres ursprünglichen Umfanges zusammenpressen. Sie sind infolgedessen beschädigt, die durch die Wasserordnung entstehende Flüssigkeitsmenge aufzunehmen. Die porösen Stoffe saugen am langsamsten auf. Je lockerer der Stoff ist, um so mehr Poren bleiben auch nach der Benetzung mit Wasser lufthaltig und der Luft zugänglich. Wird die Kleidung feucht, so erhöht sich ihr Gewicht oft sehr erheblich.

Während im trockenen Zustande durch jedes Kleidungsstück eine etwa 10 bis 10 Proz. betragende Verminderung der Wärmeabgabe bewirkt wird, fördert die durchfeuchtete Kleidung die Wärmeabgabe ganz bedeutend, weil sie ein befehrer Wärmelotus ist als die trockene und lufthaltige und weil bei der Verdunstung des aufgenommenen Wassers Kälte entsteht, und zwar um so mehr Kälte, je rascher das Wasser verdunstet. Wenn die Haut stark schwitzt, sind poröse, lockere Stoffe ganz besonders zu empfehlen. Da Wollstoffe bei meckten Leuten Hautreizungen verursachen, muß man sich in solchen Fällen poröser Baumwollstoffe bedienen. Da Wolle meist in Stoffen dick verarbeitet ist, wirkt sie schwächend und löst den Schwitz passieren, der nun die Überkleidung durchdringen kann. Leinen und Baumwolle hingegen halten den Schwitz zurück.

Altdampfschilde aus Gummi und Kauchschal schützen zwar gegen die Durchstrahlung, von außen. Da aber der Luftwechsel durch diese Kleidung bis aufs äußerste beschränkt ist, so sind ihr die mit einer Mischung von Alaun, Bleiazetat und Gelatine getränkten Stoffe vorzuziehen, denn diese bieten außer einem Schutz gegen Durchstrahlung noch die Möglichkeit eines nur gering verminderten Luftdurchganges. Dieser Luftwechsel ist aber unbedingt nötig, damit die notwendige Wasserdampf-
abgabe des Körpers ungehindert vor sich gehen kann. Die Baumwollfaser hat nur in geringem Maße, die Wollfaser dagegen in bedeutend größerem Umfang die Eigenschaft, aus der Luft Wasserdampf aufzunehmen und diesen in Wasser umzuwandeln und in dieser Form festzuhalten.

Gegen die direkten Wärmestrahlen der Sonne bieten den besten Schutz hellfarbige, weiche oder hellgelbe Kleidstoffe. Durch die Farbe der Kleidung dürfen aber keine schädlichen Giftstoffe mit dem Körper in Berührung gebracht werden. Farben, welche Arsenik, Blei oder Kupfer enthalten, werden nicht selten bei Herstellung von farbigen Kleidern verwendet. Rötliche Hautkrankheiten sind schon oft die Folgen übermäßiger Anwendung derartig giftiger Farben gewesen. Gegen die Altdampfschilde der Arbeiter in den Gießereien, die Wollfaser dagegen in bedeutend größerem Umfang die Eigenschaft, aus der Luft Wasserdampf aufzunehmen und diesen in Wasser umzuwandeln und in dieser Form festzuhalten.

Gegen die direkten Wärmestrahlen der Sonne bieten den besten Schutz hellfarbige, weiche oder hellgelbe Kleidstoffe. Durch die Farbe der Kleidung dürfen aber keine schädlichen Giftstoffe mit dem Körper in Berührung gebracht werden. Farben, welche Arsenik, Blei oder Kupfer enthalten, werden nicht selten bei Herstellung von farbigen Kleidern verwendet. Rötliche Hautkrankheiten sind schon oft die Folgen übermäßiger Anwendung derartig giftiger Farben gewesen. Gegen die Altdampfschilde der Arbeiter in den Gießereien, die Wollfaser dagegen in bedeutend größerem Umfang die Eigenschaft, aus der Luft Wasserdampf aufzunehmen und diesen in Wasser umzuwandeln und in dieser Form festzuhalten.

Gegen die Altdampfschilde der Arbeiter in den Gießereien, die Wollfaser dagegen in bedeutend größerem Umfang die Eigenschaft, aus der Luft Wasserdampf aufzunehmen und diesen in Wasser umzuwandeln und in dieser Form festzuhalten.

Die Arbeiter in den Gießereien der Altdampfschilde oder die mit Altdampfschilmitteln, wie Ammoniumphosphat und Ammoniumnitrat, Blei, Olig und Asbestglas imprägnierten Stoffe. Die Arbeiter in den Gießereien der Altdampfschilde oder die mit Altdampfschilmitteln, wie Ammoniumphosphat und Ammoniumnitrat, Blei, Olig und Asbestglas imprägnierten Stoffe. Die Arbeiter in den Gießereien der Altdampfschilde oder die mit Altdampfschilmitteln, wie Ammoniumphosphat und Ammoniumnitrat, Blei, Olig und Asbestglas imprägnierten Stoffe.

schafften Arbeitskleidung von der Straßenkleidung geschaffen wird. Die sorgfältigste körperliche Reinigung wird in ihrem gesundheitlichen Wert bedeutend herabgesetzt, wenn der Arbeiter gezwungen ist, im Arbeitsanzug nach Hause zu gehen, so daß die der Kleidung anhaftenden schädlichen Stoffe wieder auf die Hände übertragen werden.

Die porenhaltigen Kleiderstoffe sind oft die Quelle übler Gerüche. Sie nehmen Staub- und Hautabsonderungen auf und halten sie fest. Der Batteriengehalt poröser Kleidungsstücke ist unter gewissen Verhältnissen außerordentlich groß. Pocken, Scharlach, Masern, Milzbrand und Tuberkulose werden nachweislich durch Kleidungsstücke oder durch Lumpen auf Gesunde übertragen. Allgemein bekannt ist, daß schlechter Sitz der Kleider geradezu gesundheitschädlich wirken kann. Durch unzuverlässige Fußbekleidung entstehen chronische Entzündungen der Zehen, Hühneraugen, eingewachsene Nägel und Wundheilungen.

Von besonderem Interesse ist wohl die Kleidung der Kinder. Hier gilt der Grundsatz: „Bekleide das Kind möglichst wenig.“ Die Luftabkühlung ist das Beste für das Kind, da sie der Haut möglichst viel Gelegenheit zu ihrer ursprünglichen Tätigkeit gibt. Natürlich muß man außerordentlich große persönliche Unterschiede machen. Kernigen, kräftigen Kindern kann man mehr zumuten, als schwächlichen, zarten. Im allgemeinen darf man aber sagen: Es ist gut, das Kind an Händen und Füßen, an Haupt und Hals unbedeckt zu lassen. Die Kleidung des Kindes soll nicht der Mode folgen. Eine einfache Kleiderzusammenstellung verdient unbedingt den Vorzug. Im Sommer einfache Hülsen, im Winter doppelte, von denen im Haus, im sommerlich warmen Kinderzimmer, die äußere schwere abgelegt werden kann. Die Kleider seien weich und sollen den Körperformen folgen. Der schwerere Teil der Kleidung muß durch Zweiteilung mittels eines Bandes oder breiten Gürtels vom Bedengürtel getrennt werden. Wenn Hängelleidchen und Unterleidchen nur am äußeren Ende der Schulter aufliegen, so könne sie durch ihre Last das Schulterblatt nach innen und vorne schieben, und so eine vergebene Haltung erzeugen. Infolgedessen ist die bereits oben erwähnte Zweiteilung der Kleidung vorzuziehen, wobei aber betont werden muß, daß das verwandte Band oder der breite Gürtel keinen Druck auf die Eingeweide ausüben darf. Vom gesundheitlichen Standpunkt sind also am meisten die an den anliegenden Leibchen angeknüpften Höschen und Röschchen zu empfehlen. Die Leibchen müssen über der Brust möglichst weit und über dem Rücken möglichst eng gearbeitet werden, sonst wirkt im umgekehrten Falle das Kleidchen im entgegengesetzten Sinne eines Gerabehalters, weil es bei dem rasch wachsenden Kinde der von Natur aus begünstigten Verkrümmung der Wirbelsäule Vorschub leistet. Uebrigens sind die häufig empfohlenen Gerabehalter, die die Schulterblätter nach rückwärts ziehen sollen, meist recht unzuverlässig, da sie den Hauptfehler, die Krümmung der Wirbelsäule im Brustteil, unberücksichtigt lassen. Schlecht sind auch elastische Strumpfbänder, die außen laufen (X Antie), sie sollen an der Innenseite ziehen. Noch schlechter sind die sogenannten runden Strumpfbänder, da sie wegen Sperrung der Blutadern Krampfaderbildung erzeugen können. Beim Kauf und Gebrauch eines Kleidungsstückes ist es von Wichtigkeit, die von der Natur gegebenen gesundheitlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Wenn man auch der Mode in all ihren Spielarten mit gesundheitlicher Überlegung nicht folgen kann, so glaube ich doch beobachten zu können, daß in neuerer Zeit bei den Schöpfungen der Mode der gesundheitliche Faktor ein gewichtiges Wort mit spricht.

Eine gesundheitlich aufgeklärte, über die Bedeutung der Kleidung für die Gesundheit unterrichtete Bevölkerung hat es auf jeden Fall durch ihre Kaufkraft in der Hand, die gesundheitlich einwandfreie Kleidung durch vermehrte Nachfrage zu fördern.

Zweck dieser Ausführung ist es, auf den engen Zusammenhang zwischen Kleidung und Gesundheit hinzuweisen und auf die Ergebnisse der Hygiene in dieser Hinsicht aufmerksam zu machen.

Dr. med. Grünwald.

Borgesetzte und Untergebene

Der Ausdruck „Borgesetzter“ hat für die meisten Menschen einen recht unangenehmen Klang. Man braucht nur an die schweren Jahre zu denken, die man im Kriegsdienst durchgemacht hat. Da hat man die verschiedensten Vorgesetzten kennen gelernt. Und es war manchmal gar nicht so leicht, den Anforderungen, die von ihnen gestellt wurden, nachzukommen. Auch waren es manchmal recht eigentümliche Menschen, die einem „vorgesetzt“ wurden. Es geht überall menschlich zu, und man muß die Menschen und Vorgesetzten nehmen wie sie nun einmal sind. Doch nicht nur beim Militär gibt es Vorgesetzte und Untergebene, sondern auch im Beamtenum, im geschäftlichen und wirtschaftlichen Leben. Jeder menschliche Orga-

nismus, jede Fabrik, jedes Geschäft muß Führer und Leiter haben, die die Arbeiter, Beamten, Verkäufer usw. anstellen und beaufsichtigen.

Nun gibt es freilich die verschiedensten Arten von Vorgesetzten. Es gibt in allen Berufen genug Herrenmenschen, die beim Befehlen nur an sich selbst denken, und denen der Untergebene völlig gleichgültig ist. Im Geschäftsleben kommt ja überhaupt allzu leicht der grobe Egoismus und Materialismus zur Herrschaft, wo es nur auf das Geldverdienen ankommt und alles Menschliche und Persönliche ganz zurücktreten muß. „Weins nicht paßt, der kann ja gehen,“ so sagt der schneidige Chef. Ja, es gibt leider sogar Vorgesetzte, die eine krankhafte Freude empfinden, wenn sie die Untergebenen herabsetzen und demütigen können. Was muß gerade heute in unserer schweren Zeit mancher Angestellte hinuntergeschluckt, weil er, wenn er sein Recht vertritt, sofort „hinausliegen“ würde!

Von jedem Vorgesetzten muß man verlangen, daß er den Willen und die Fähigkeit besitzt, sich in den Seelenzustand dessen, der gehorchen muß, hineinzuversetzen. Der Korporalston in jedem Sinne sollte ganz verschwinden. Was wir brauchen, ist eine psychologisch verfeinerte Kunst des Befehlens, welche die unbeugsame Energie der Forderung mit der ritterlichen Achtung vor der gehorchenden Persönlichkeit zu vereinigen weiß. Der bekannte Moralpädagoge Fr. W. Foerster schreibt in seinem vortrefflichen Buche „Staatsbürgerliche Erziehung“: „Die sogenannte schneidige Tonart, bei der die Seele des Gehorchenden ignoriert wird, und bei der die Lustgefühle der persönlichen Ueberordnung keinerlei Einschränkung erfahren, ist die Befehlsweise des Parvenu, der im Kommandieren schweigt, weil er selbst und seine Vorfahren bisher immer nur gehorchen mußten — der wahrhaft vornehme Mensch wird niemals seine Befehlsstellung unterstreichen, sondern ganz selbstlos befehlen.“ Der große griechische Philosoph Plato redet schon in seinem weltberühmten Werke „Der Staat“ von der „königlichen Kunst“ des Befehlens, die es versteht, die „Gemüter in der rechten Weise ineinanderzuweben“ und sie zu mäßiger Einordnung und Unterordnung zu vermindern. Die meisten Untergebenen — und Untergebener ist ja in irgendeiner Beziehung jeder — sehen ohne weiteres ein, daß es ohne Gehorsam nicht geht; die meisten Menschen verlangen nach Führung, Ordnung und Gehorsam — aber sie wollen als Menschen gehorchen, nicht als Tiere oder Sklaven.

Einer der besten Menschenfreunde, Robert Owen, hat darauf aufmerksam gemacht, daß eine richtige Menschenbehandlung für die produktive Gesamtleistung noch weit wichtiger ist als die richtige Behandlung des Arbeitsstoffes und der Werkzeuge. In den Fabriken wird auf die Maschinen genau geachtet — auf die Menschen wird häufig wenig oder gar keine Rücksicht genommen. Jeder Vorgesetzte sollte bedenken, daß der fundamentale Betriebsfaktor immer die menschliche Persönlichkeit ist. Die Seele des Menschen ist das Kraftzentrum, aus dem alles Große und Schöne in der Welt hervorgeht. Das gilt auch für unser Maschinenzeitalter! Die Maschinen machen es nicht allein, sondern im letzten Grunde die lebendigen Menschen. Der Mensch aber ist keine Maschine oder er ist höchstens eine solche, die nicht durch Dampf und Elektrizität, sondern durch eine Seele getrieben wird.

Jeder Vorgesetzte, mag er Beamter, Ingenieur, Kaufmann oder Lehrer sein, muß etwas von Seelenführung verstehen. Ein hartes und geringschätziges Wort trifft oft wie ein Peitschenhieb — ein einziges ehrendes Wort kann Wunder wirken. Der Russe Tolstojewski erzählt aus seinen Beobachtungen in den Gefängnissen Sibiriens: „Ich habe gute, wohlmeinende Kommandanten getroffen, ich habe die Einwirkungen beobachtet, die sie erzielten: Einige freundliche Worte — und der Arrestant lebte moralisch fast auf. Sie freuten sich wie die Kinder und begannen wie Kinder zu lieben.“ Ein praktischer Kaufmann Jaroslaw („Ideal und Gehalt“) betont, daß zum leitenden Beruf weit mehr gehöre als bloßes Kommandieren, nämlich die Kunst, die sittlichen Bedingungen alles treuen Dienstes zu pflegen: er sagt, der leitende Kaufmann müsse Charaktere heranbilden, nicht bloß „Bureaupersonal“. Er verlangt von jedem Chef, wenigstens vom wahren, echten Chef, daß „er ganz erfüllt sein muß von Ehrfurcht, Liebe und heiligem Schöpferdrange gegenüber dem jungen Menschenmaterial, das ihm anvertraut ist, daß seine Aufgabe nicht erfüllt ist, wenn er ihm selbst die sorgfältigste Ausbildung in allen Kontormenschen angeheben läßt, sondern daß er hinarbeiten muß auf Unterweisung und rechte Führung des Lebens“. Das ist die alte, gute deutsche Anschauung. Die Handwerksmeister des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit wollten ihre Lehrlinge und Gesellen nicht nur das Handwerk lehren, sondern auch deutsche Sitte und deutsche Art. Deshalb trieben die Meister

mit den Lehrlingen die edle Kunst des Meistergesanges. Und wie im Handwerk, so war es auch im Kaufmannsstande. Die Sagen der Hanse — nicht Hansa, wie die meisten fälschlich sagen — verlangten, daß der Lehrling in den Kontoren „nicht nur allein zeitliche Nahrung suchen, sondern auch zur Tugend, Frömmigkeit und aller Ehrbarkeit daselbst erzogen werden solle“.

Das alles wird sich freilich heute nur unter der Bedingung verwirklichen lassen, daß die Vorgesetzten an sich selbst strenge Selbsterziehung und Selbstdisziplin üben. Es ist eine alte Wahrheit, daß nur der regieren kann, der sich selbst regiert. Der schon erwähnte Förster prägt das schöne Wort: „Die Selbstdisziplin ist das große Egerziefeld des kommandierenden Willens“. Es sollte niemand zum Vorgesetzten berufen werden, der nicht die unbedingt nötigen sittlichen Vorbedingungen erfüllt. Wer nicht selbst erzogen ist, der kann andere nicht erziehen. Das muß aber jeder Vorgesetzte können. Denn leiten heißt: erziehen, Kräfte lebendig machen, Schaffenslust und Schaffensfreude wecken!

Dr. Otto Conrad.

Für die Frauen

Arbeiterinnenbildung.

Proletariatskinder lernen früh den Unterschied kennen, welcher zwischen Reichen und Armen besteht. Die Kinder der Reichen wachsen unter sorgfältigster Pflege und Ernährung auf, sie werden schön gekleidet, gut gebildet und auch für ihre körperliche Stärkung wird Neuestes angewandt. Wie anders ist es jedoch bei den Kindern der Proletariate! Diese werden schon von ihrem 5. bis 6. Lebensjahr ab sich selbst überlassen, weil die Eltern eben dann frohen müssen, damit sie den Kindern überhaupt eine Erziehung geben können. Und gerade deshalb genießen die Proletariatskinder die Freuden der Kinderjahre nicht. Sie wissen schon vor der Zeit, was für ein Los ihrer harrt, denn sie werden schon in ihren Jugendjahren Sklaven der Fabriken und Werkstätten. Die mangelhafte Ernährung, das Hausen in engen, feuchten und ungelüfteten Höhlen, verhindert die Entwicklung der heranwachsenden Proletariatskinder. Hin und wieder kommen Fälle vor, daß aus diesen Kindern geistig gutgebildete Menschen hervorgehen. Die Mehrzahl aber werden das Opfer der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. Infolge der mangelhaften Ernährung können sie auch dem Gang des Schulunterrichts nicht genügend folgen, und die Verweigerung, trotzdem sie auch Proletariatskinder sind, kümmern sich nicht um die Kinder der armen Leute. Da die Eltern dieser Geschöpfe rasch auf Arbeit sind, haben sie auch im Hause niemanden, der sich mit ihnen und ihrer geistigen Entwicklung beschäftigen könnte, und so bleiben sie im Lernen zurück. Vom 6. bis 7. Lebensjahre ab werden die Kinder zur Hausarbeit herangezogen und sogar zur Hausindustrie — wo diese betrieben wird — angezogen. Es liegt klar auf der Hand, daß sie unter Berücksichtigung dieser Umstände mit den wohlgenährten und ausgereichten Kapitalistenprüflingen auf der Schulbank nicht sitzen halten können. Physische Ermüdung und Entbehrung rufen geistige Erschöpfung hervor.

Betrachten wir einmal die Folgen, die so verbrachte Kinderjahre in sich bergen! Die Lohnarbeiterinnen müssen die Folgen dieser mangelhaften Erziehung austoßen. Sie müssen leiden, weil wir eben in der Geschlechtsordnung leben, in der ein Bruchteil der Menschheit sich im Überflusse weidet und Millionen aufhäufen kann, während diejenigen, die ihnen zu diesen Lebensgütern durch ihre Arbeit verhelfen, hungern, entbehren und vorzeitig zugrunde gehen.

Unter sämtlichen Ausgebeuteten leidet die Proletariatsfrau am meisten! Kaum, daß sie der Schule entwachsen, muß sie häufig ihrem Verdienst nachgehen. Viele Proletariatsmädchen vergessen das Wenige, das sie in der Schule lernten, und daß sie die nervenzermahnende Arbeit schon in ihren Kinderjahren beginnen mußten. Weitens werden die Kenntnisse der Arbeiterinnen gleich Null angenommen und ihre Personlichkeit unterschätzt. Viele Arbeitgeber sagen, eine Arbeiterin benötige kein Wissen, ihr Beruf ist das Atonen und nicht das Wissen. Geld soll sie verdienen, um ihren Eltern helfen zu können, weil der Vater alt wird und nicht mehr so arbeiten kann wie in seinen Jugendjahren, oder gerade vor seiner Entlassung steht, weil die Kapitalisten alle, abgesehen von Arbeiter nicht halten. Sie brauchen junge Arbeiter, die sie nach Lust und Liebe anerkennen können. Diejenigen, die ihre Kraft und ihre Jugend in den Fabriken setzen, werden als überflüssig betrachtet und als Last betrachtet, der man sich entzieht. Und die Proletariatsfrau, die nicht nur noch umwundene Kinder hat, ist sie gezwungen, auch diese den Fabriken zu überlassen, denn es wird einer einzelnen Frau unmöglich, auch

nur das Notwendigste zur Lebenserhaltung ihrer Kinder zu schaffen, und dadurch sind diese jungen armen Geschöpfe vollkommenster Verstümmelung und brutalster Ausbeutung ausgeliefert. Die Kinder bauen sich Lustschlösser, zumal sie auch noch nebenbei die schwersten häuslichen Arbeiten verrichten müssen, und diese zerfallen schneller, als der Schnee in der Sonne schmilzt.

Ein ganzes Heer dieser jungen Geschöpfe steht dahin, von Antreibern gehetzt, die Beutel der Nimmerfalten füllen zu helfen, doch bleibt für sie nur ein Hungerlohn, und die Hoffnung, daß ein Zauberprinz sie in diesem Jahre einführen wird, läßt sie nicht erkennen, daß sie Zeit ihres Lebens von diesen Fesseln nicht befreit werden können, denn neben ihnen stehen die verheirateten Kolleginnen — in der gleichen Lage. Diese müssen neben ihren Männern frohen, nur, um den täglichen Bedarf zu decken. Trotzdem flüstert das Herz einer jeden, daß sie vielleicht einmal glücklicher sein werden als die anderen es sind.

Es gibt keinen Menschen auf der Welt, der das Los der Lohnarbeiterinnen erfassen kann, sofern er es nicht am eigenen Leibe verspürt hat. Wer sein Brot tränenlos verzehrt und die Nächte tränenlos und ohne Sorgen verbringt, der kann auch plebejische Arbeiterinnen nicht verstehen. Also spricht ihr Hunderttausende, die ihr euer Leben lang fröhlich und entbehrt, welches sind eure Beschwerden? Ihr werdet nicht nur ausgebeutet, sondern auch eurer Ehre beraubt, erniedrigt! Es gibt heute schon viele Arbeiterinnen, die sich dessen bewußt sind, daß sie durch ihre Arbeit immense Schätze schaffen und ihr davon nur wenig, sehr wenig, gegeben wird.

Wie ist nun euer Los, ihr Unorganisierten? Was ist euer Lohn? Könt ihr sorgenfrei leben? Könt ihr für eure Zukunft sorgen, oder könnt ihr etwas für jene Tage, in denen ihr erwerbslos seid, zurücklegen? Nein! Und trotzdem wollt ihr die Notwendigkeit der Organisierung nicht einsehen, nicht begreifen, daß ihr Schulter an Schulter menschlichere Behandlung, der Teuerung entsprechende Löhne fordern müßt. Bessere Verhältnisse werdet ihr aber erst dann erreichen, wenn ihr Mitglieder der Klassenkampforganisation werdet und der Kampf gegen das Ausbeutungssystem aufnehmt. Denn wenn ihr Rechte habt zu frohen, dann müßt ihr auch Rechte haben, zu leben! Nach all diesem bleibt nichts anderes übrig als Organisierung, weil nur so es möglich ist, die durch Organisierung erworbenen Rechte zu wahren, und neue zu erkämpfen. A. B.

Ferienkurs des Wirtschaftsbezirks Westfalen im Heim
Rülli bei Bielefeld vom 25. Juli bis 1. August 1926.

Der gleiche Unterrichtsstoff und fast dieselben Lehrer in unseren Ferienkursen — und doch wie verschieden ist jeder von dem andern Kurs! Das kommt von der anderen Umgebung und Unterbringung, und vor allem von dem nach den einzelnen Teilen Westfalens verschiedenen Menschenschlag. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Teilnehmerzahl des einen Kurses hinter der eines anderen an Fleisch und Sinnesart an die verlorne geistige Arbeit zurückgefallen sei. Bis jetzt muß gesagt werden, daß man immer wieder von neuem erstaunt sein kann über Eifer und Aufmerksamkeit, ein Beweis dafür, wie notwendig und mithin auch zweckmäßig diese unsere Sommerbildungsstätten sind. Wenn man an den Bielefelder Kurs zurückdenkt, dann wird einem besonders in angenehmer Erinnerung sein die Bemühung der Ortsverwaltung Bielefeld, die alles getan hat, auch den äußeren Rahmen des Kurses, dem Ferien- und Erholungsgeanken entsprechend auszugestalten. Da war zunächst die gelungene, von ihr veranstaltete Begrüßungsfeier. Dann die Befähigung der häuslichen Werke und vor allem die Autofahrt aller Teilnehmer in die Sennet. Das war ein Nachmittag, für den gewiß jeder Kursteilnehmer der Ortsverwaltung dankbar ist. Untergebracht waren wir wieder in einem wundervoll gelegenen Heim, das der Arbeiterschaft, dem Metallarbeiterverband, Verwaltung Bielefeld, gehört und das uns geradezu glänzend versorgte.

Es scheint, dieser ruhige Menschenschlag der Westfalen macht alles, was er beginnt, gründlich. So folgten die Schüler dem doch wirklich nicht gerade kurzen Unterricht von täglich fünf Stunden unermüdet. Das gleiche läßt sich sagen von der Beherrschung der schriftlichen Arbeiten außerhalb der Unterrichtszeiten. Aber dafür war man auch eben so gründlich in der Ausnutzung der Freizeit mit Sport, Wandern und Ausflügen. Mein Wunsch, daß die Woche wieder wie im Juli verläuft und als man Abschied nehmen, war jeder der 24 Teilnehmer gern noch eine weitere Woche zum Lernen dageschrieben.

Arbeitsrechtlicher Informationskursus.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund schreibt uns: Die Wissenschaftliche Arbeitsstelle der Volkshochschule in Leipzig veranstaltet vom 16. bis 18. September 1926 in Düsseldorf einen arbeitsrechtlichen Informationskursus, der sowohl den arbeitsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Lehrern an Arbeiterbildungsanstalten als auch allen Beschäftigten, die mit der arbeitsrechtlichen Praxis zu tun haben, als Information dienen soll.

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt

hat für den nächsten, am 1. Oktober 1926 beginnenden Kursus folgenden Lehrplan aufgestellt:

A. Grundlegung.

Die Kräfte und Ordnungen des öffentlichen Lebens (Wirtschaft, Recht, Staat, Gesellschaft). Gruppenarbeit unter Leitung der hauptamtlichen Dozenten Dr. Ernst Rödel, Prof. Dr. Carl Relling, Dr. R. Sturmfels (1. Oktober bis 1. November). — Ergänzende Vorlesung: Die geschichtlichen Kräfte Europas in der Neuzeit.

B. Lehrgebiete.

Wirtschaft. I. 1. Wirtschaftsgeographie (Geo-Oekonomie). 2. Einführung in das Wirtschaftswesen (Wirtschaftskunde). 3. Der Betrieb: a) Industrielle Betriebskunde, b) Kaufmännische Betriebskunde, c) Soziale Betriebskunde. 4. Volkswirtschaftslehre (nationalökonomische) Vorlesungen. 5. Die Wirtschaftsentwicklung der Neuzeit.

II. 1. Die deutsche Volkswirtschaft (Ihr Bild und ihre Entwicklungsziele): a) Landwirtschaft, b) Handwerk und Industrie, c) Handel und Verkehr, d) Bank und Börse, e) Moderne Monopolbildungen, f) Gemeinwirtschaftliche Organisationen. 2. Das Finanz- und Steuerwesen des Reiches, der Länder und Kommunen. 3. Tagesfragen der Wirtschaft (mit Lektüre des Heftanteils der Zeitung).

III. 1. Die Wege der Produktion, der Verteilung und der Einkommensbildung (Theoretische Volkswirtschaftslehre): 1a. Das Lohnproblem. 2. Probleme der Weltwirtschaft. 3. Der ökonomische und rechtliche Imperialismus der Gegenwart. 4. Wege und Ziele der Sozialisierung. 5. Seminar über wirtschaftstheoretische Fragen.

Recht.

I. Allgemeines Recht. 1. Die Grundlagen der Rechtsordnung. 2. Grundzüge des Familienrechts. 3. Strafrecht und Strafprozeßrecht. 4. Kriminalpolitik.

II. Recht der Arbeit und der Wirtschaft. 1. Arbeitsrecht: a) Arbeitsvertragsrecht, b) Tarifvertragsrecht, c) Arbeitsverfassungsgesetz und Einzelrecht, d) Betriebsverfassungsgesetz, e) Arbeitsgerichtsverfahren, f) Arbeitsschutzrecht (Arbeitszeitrecht, Gewerbeaufsichtsrecht, internationaler Arbeitsschutz), g) Sozialversicherung (einschließlich Arbeitsnachweis und Recht der Erwerbslosen), h) Arbeitsrechtliche Seminare über: 1. Arbeitsvertragsrecht, 2. Tarifvertragsrecht, 3. Sozialversicherungsrecht, 4. Arbeitsgerichtsverfahren, 5) Aussprachen über die Fortbildung des Arbeitsrechts. 2. Wirtschaftsrecht: a) Handels- und Industrie recht, b) Recht der Erwerbsgesellschaften, c) Kartellrecht und Recht der wirtschaftlichen Selbstverwaltungsinstitutionen.

III. 1. Staatsrecht. 2. Grundzüge der Rechts-, Staats- und Selbstverwaltung. — Abschließende Vorlesung: Entwicklungstendenzen des Rechts.

Staatslehre und Politik.

I. 1. Politische Geographie (Geopolitik). 2. Die deutsche Reichsverfassung im Zusammenhang mit den europäischen Verfassungen.

II. 1. Der Staat im geschichtlichen Kontext (Absolutismus, liberale Formverfassung). 2. Innere Politik und Verwaltungsreform. 3. Kommunalpolitik. 4. Versuche staatsrechtlicher Reformen.

III. 1. Völkerrechtliche Politik. 2. Völkerbund und Panuropa. 3. Seminar über politische Tagesfragen.

Gesellschaftslehre und Sozialpolitik.

I. 1. Soziale Volkswirtschaft. 2. Grundzüge der Soziologie. 3. Psychologie des Industriearbeiters. 4. Fragen der modernen Frauenbewegung.

II. 1. Die Lehre von Karl Marx (ökonomische und gesellschaftliche). 2. Die Formen des Sozialismus. 3. Christentum und Sozialismus. 4. Lektüre marxistischer Schriften. 5. Seminar über die Beziehungen von Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert.

III. 1. Gesellschaftslehre und Gewerkschaftspolitik. 2. Aufbau und Politik der Arbeitgeberverbände. 3. Geschichte der europäischen Gewerkschaftsbewegung. 4. Grundfragen der Sozialpolitik. 5. Wohlfahrts- und Fürsorgewesen (mit Subventionen) — (Städtische Wohlfahrtsämter; Arbeitsfürsorge; Berufsberatung; Gewerkschaften). 6. Seminar über Gewerkschaftspolitik.

Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Der 30. Deutsche Krankenkassentag in Düsseldorf am 25. und 26. Juli umfaßte mehr als 2000 Vertreter deutscher Krankenkassen, zusammenschlossen im Hauptverband deutscher Krankenkassen. Die Teilnehmerzahl setzte sich zusammen aus 521 Arbeitgeberinnen, 893 Versicherten, 641 Angestellten und 107 Ehrengästen. Das waren hier die Vertreter von mehr als 10 Millionen Versicherten. Zahlreich waren auch die Vertreter der Reichsministerien, der Ministerien der Länder, der Parlamente und der verschiedenen sozialpolitischen Organisationen erschienen. Die Tagung begann nach Abwägung der zahlreichen Begrüßungsreden mit einem Bericht des geschäftsführenden Vorsitzenden Helmut Lehmann über die gegenwärtige Lage der deutschen Krankenversicherung. Der Redner wies daraufhin, daß die ungeborene Not, die durch die unvermindert andauernde schwere Wirtschaftskrise über die arbeitende Bevölkerung Deutschlands gekommen ist, die deutschen Krankenkassen in unerträglicher Weise belastet. Sie haben ständig rund 3 Millionen Arbeitsunfähige und Wöchnerinnen zu unterstützen und etwa die dreifache Zahl noch in Arbeit befindlicher Kranker mit ärztlicher Behandlung, Arzneien und Heilmitteln zu versorgen. Die schweren Hungerzeiten, zu denen Millionen Arbeitsloser seit Monaten verurteilt sind, machen alle Bemühungen, den Gesundheitszustand des Volkes zu heben, zunichte. Nur unter Anwendung schärfster Kontrolleinrichtungen haben die Krankenkassen den Krankenstand künstlich zurückzuschrauben und sich dadurch vor dem finanziellen Zusammenbruch retten können. Daher ist ein Abbau der Beitragelasten der Krankenversicherung unmöglich. Die vom Unternehmertum unverständlicherweise geforderte Zurückschraubung der Leistungen der Krankenversicherung, um auf diese Weise eine Verminderung der Soziallasten zu erreichen, würde schwere gesundheitliche, soziale und politische Erschütterungen im deutschen Volkstleben hervorrufen. Die unfaßlichen und gewöhnlichen Angriffe auf die Krankenkassen müssen daher aufs Schärfste zurückgewiesen werden. — Oberregierungsrat Ungar, vom Reichsversicherungsamt, sprach dann über „Gesundheitsfürsorge durch Arbeitsgemeinschaften der Versicherungssträger“. Der Redner ging besonders auf das Gesetz über Gesundheitsfürsorge in der Krankenversicherung vom 28. Juli 1925 ein. Die Reichsregierung beabsichtigt, auf Grund dieses Gesetzes Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Diese Arbeitsgemeinschaften werden sich vorzugsweise mit der vorbeugenden Fürsorge für die Versicherten zu beschäftigen haben. Weitestgehende Freiheit ist dabei den Versicherungssträgern gelassen, doch muß ein finanzielles Rückgrat für diese Arbeitsgemeinschaften geschaffen werden. — Hierauf referierte Professor Dr. Klein, Jena, über das „Naturheilverfahren im Dienste der Krankenversicherung“. Der Vortragende erläuterte, daß eine tiefe Unzufriedenheit durch weite Kreise der Bevölkerung gehe, weil sie nicht mehr die innige Verbindung mit der Natur haben. Mit neuen Methoden muß diese Verbindung wieder hergestellt werden. Dazu scheint ihm das Naturheilverfahren geeignet. Der Naturarzt will nicht die einzelne Krankheit, sondern den kranken Menschen behandeln. — Verwaltungsdirektor Köhn, Berlin, beschäftigte sich mit dem „Frühheilverfahren in der Unfallversicherung“. Der Vortragende wies auf die Bedeutung der neuen Vorschriften auf diesem Gebiete hin. Er ließ seinen Vortrag ausfließen in die Forderung, daß die Berufsgenossenschaften das Heilverfahren durchzuführen und auch die Kosten dafür zu tragen hätten. — Es folgte dann ein Referat des Ministerialdirektors Grieser über „Die internationale Sozialversicherung und ihre Triebkräfte“. Er ging auf die Lage der Weltwirtschaft ein. Kapital und Arbeit seien die Träger der Wirtschaft, noch niemals hätten die sozialen Bedürfnisse einen so schweren Stand gehabt wie jetzt. Was können wir zur Besserung tun? Der Vortragende glaubt, die Besserung in der Nationalisierung der Betriebe und in der Rationalisierung der Sozialversicherung suchen zu müssen. Der Einwand des sozialen Dumpings ist dadurch niederzuklagen, daß die Sozialversicherung der einzelnen Länder aneinander anzuschließen ist. Das Internationale Arbeitsamt, die Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt und auch die einzelnen Regierungen, stützen auf Teil XIII des Versailler Vertrages, arbeiten an diesem Ziele. In einer abendlichen Weltwirtschaft gehört auch eine internationale soziale Aktion. Diese Ausführungen

wurden unterstrichen durch Dr. Stein, Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Ohne Sozialversicherung kommen wir nicht mehr aus. Der Hinweis auf Amerika, wo es keine Sozialversicherung gibt, ist so lange verfehlt, als die europäischen Staaten nicht amerikanische Löhne zahlen. 46 Staaten haben sich rüchhaltlos zur Sozialversicherung bekannt. Als Kernstück wird auf der Arbeitskonferenz 1927 die Krankenversicherung international zu regeln sein. — Neben die „Kinderfürsorge unter Mithilfe der Krankenkassen“ berichteten dann Prof. Schloßmann, Düsseldorf, und Verwaltungsdirektor Ströbig, Hamburg. Beide Redner schilderten das Kinderelend, das zum größten Teile aus dem Wohnungselend resultiert. Die Krankentassen, zu deren Versicherten einmal die heranwachsende Generation gehören wird, haben alle Ursache, dieser Frage ihre stärkste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Redner schloßen mit dem Wunsche, daß es trotz der finanziellen Bedrängnis der Kassen möglich sein wird, die nötigen Mittel für die Kinderfürsorge aufzubringen. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu. Anschließend berichteten Prof. Dr. Wichmann, Hamburg, über „Die elektro-physikalischen Heilmethoden“ und Dr. Zehden, Berlin, über „Bäderfürsorge für Kassenmitglieder“. Während der erste Vortragende mehr fachwissenschaftliche Angelegenheiten behandelte, forderte Dr. Zehden die Ausgestaltung der Bäderfürsorge und die Raubarmmachung der Bäder für die Kassenmitglieder.

◆ **Angeestellte, Reichs- und Staatsarbeiter** ◆

Mülheim (Ruhr). Die Versammlung der Sozialarbeiter bei der Schupo nahm einstimmig folgende Entschliessung an: „Die am Freitag den 23. Juli 1926 zur nächste Versammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter für Sozialarbeiter bei der Schupo Mülheim im Oberbauern nimmt Stellung zu der letzten Lohnverhöhung vom 29. Juni 1926 und begrüßt die Initiative unserer Organisation, der Staatsarbeiter. Sie muß aber mit Bedauern das schlechte Ergebnis der Verhandlung feststellen, erhebt in der ungenügenden Steigerung des Lohnes, welches in den sozialen Härten. Sie fordert deshalb, baldmöglichst wieder mit der Regierung in Verhandlung zu treten, damit erhebt den unter 24 Jahre alten Lehrlingsangehörigen, sowie den weiblichen Arbeiterinnen der Gruppe III die Höhe des Lohnes zuerkannt wird, wie sie am 29. Juni 1926 zum höchsten kam, und weitens Lohnes erteilt werden, die den wirtschaftlich nützlichsten entsprechen. Des weitens spricht die Versammlung ihre Unterstützung gegen die Verwaltung in der Kündigung des Betriebsratsmitglied aus. Sie fordert von der Organisation, alle Schritte zu tun, um den Arbeitern und dem Betriebsrat zu ihrem gesetzlich zustehenden Recht zu verhelfen.“

Urlaub für schwerbeschädigte Arbeiter. Der Reichsminister der Finanzen hat unter dem 17. Juni 1926 im Reichsbesoldungsblatt nachstehende Verfügung erlassen:

III P 1921 B 1108-11 A 1117 IV 401.
 Aus dem damit einzuverleihen, daß in finanzwäher Anwendung der für schwerbeschädigte und schwerbeschädigte Beamte und Angestellte geltenden Bestimmungen — RR 1925 Nr. 119, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Innere sofort an die übrigen Ministerien gerichtete Eingabe, diese Verfügung auch auf die dort beschäftigten Arbeiter auszuweiten, hat vom Reichsministerium des Innern, dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichswehrministerium eine zustimmende Antwort gebracht. (Die Antwort des Ministeriums für die besetzten Gebiete sieht noch aus.) Damit ist auch diese Frage für die unter den I.M. fallenden Arbeiter, soweit sie schwerbeschädigt sind, geflärt.

◆ **Aus unserer Bewegung** ◆

Berlin. In der Generalversammlung am 6. August gab Kollege Polenske den Bericht vom zweiten Quartal, wobei er auch den neuen Tarifabschluss erläuterte. Aus dem Kostenbericht des Kollegen Zietemann ist zu entnehmen, daß die Filiale 1300 Mk. mehr an Einnahmen hatte als im ersten Vierteljahr. Sie vereinbarte für die Hauptkaffe 126 476,51 Mk. und für die Lokalkasse 197 355,79 Mk. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen 66 055,81 Mk., so daß ein Filialkassenbestand von 131 299,95 Mk. verbleibt. Der Mitgliederzuwachs beträgt 348, woran alle Branchen beteiligt sind. Die Zahl der Mitglieder ist somit auf 25 403 gestiegen. Ein Antrag aus der Kommission, den Streik der englischen Bergarbeiter mit 2000 Mk. zu unterstützen, wurde angenommen. Eine längere Debatte entspann sich über die Anstellung von drei neuen Verbandsamtsstellen. Die Filiale Berlin zählt gegenwärtig 16 Amtsstellen, wovon die Kollegen Leodzik und Loffmann schon seit Monaten krank sind, zwei männliche und vier weibliche Hilfskräfte. Kollege Volt-

mann wird wegen dauernder Dienstunfähigkeit pensioniert werden müssen. Die Ortsverwaltung schlug aus diesen Gründen und wegen der gesteigerten Arbeit infolge der erhöhten Mitgliederzahl vor, die Kollegen Horeis, Mielke und Zeuge anzustellen. Gegen den ersten erhob die Opposition aus den Gewerken Einspruch, weil angeblich den Kollegen der Gaswerke das Vorschlagsrecht laut Ortsstatut nicht zugestanden worden war. Nachdem Kollege Polenske alle Einwürfe widerlegt hatte, wurden die drei Vorge schlagenen gegen wenige Stimmen gewählt. Da zwei dieser Kollegen Mitglieder der Ortsverwaltung waren und nunmehr ausscheiden mußten, wurden an ihre Stelle die Kollegen Kuchensbecker und Torge gewählt. Zum Schluß machte Polenske noch einmal auf den Bildungsfurfus in Chorin aufmerksam und teilte mit, daß vom 9. bis 16. September die internationale Gewerkschaftswoche stattfindet. Am Mittwoch dieser Woche werden die Gewerkschaften eine große Demonstration nach dem Treptower Park veranstalten, wozu sich die Gemeinde- und Staatsarbeiter an verschiedenen Plätzen der Stadt zum Demonstrationzug sammeln werden. Am 13. November wird die Filiale ihr 30. Stiftungsfest in den Räumen der Brauerei Friedrichsham begehen.

Cassel. Am 24. Juli 1926 starb durch Unfall unser Kollege Heinrich Pohlmann, beschäftigt beim städtischen Reinigungsamt. Pohlmann, in der Müllabfuhr beschäftigt, sprang in einer feil abfallenden Straße einem durchgehenden, mit Badsteinen schwer beladenen Fuhrwerk, dessen Fahrer um Hilfe rief, entgegen, brachte auch den Wagen in langsamere Fahrt, kam dann aber zum Stolpern, fiel und wurde von dem Fuhrwerk überfahren. Die Verletzungen waren derart schwer, daß er schon im Verlauf weniger Stunden verstarb. Um den erst Dreieinunddreißigjährigen trauern eine Witwe und sieben unmundliche Kinder, mit ihnen verheiratet die Filiale einen lieben Kollegen. Der Fall ist deshalb besonders traurig, weil Pohlmann zur Abwendung von Gefahren für andere sein eigenes Leben geben mußte. — Eine Lehre nach anderer Seite muß aber aus diesem traurigen Vorfall gezogen werden. Andere auf der Straße arbeitenden Kollegen der Straßencleaning und der Müllabfuhr sind im Zeichen des wachsenden Verkehrs und der zunehmenden Verwirrung Unglücksfälle mehr ausgesetzt als jeder andere. Diesen erheben Unfallgefahren muß Rechnung getragen werden. Es dürfte nicht unangebracht sein, wenn die Gemeinde- und Gemeindeverbände veranlaßt würden, die benannten Arbeiter und deren Familien gegen diese Gefahren durch eine Versicherungsgesellschaft versichern zu lassen, daß die unterliegenden ohne allen anderen wirtschaftliche Nachteile einbringen zu können, den Verlust ihres Lebens zu entschmerzen können.

Köln. In der Generalversammlung am 29. Juli gab Kollege Reder den Jahresbericht. Generalrat Herr Heintz referierte dann über „Ansprüche und Entlastung des Versicherungswezens“. Nach Verhandlung des mit Besatz aufgenommenen Referats wurden noch mehrere Anfragen von den Kollegen Zantke, L. Schmidt usw. im ausführlicher Weise beantwortet. Kollege Reder berichtete dann, daß je ein Antrag an den Rat der Sechzig Köln und an das Staatsministerium gestellt sei, damit aus allen Betrieben Betriebsratsmitglieder auf Kosten der Stadt und des Ministeriums zum Besuch der „Schule“ in Düsseldorf erlaubt werden sollten. Der Antrag wurde dann begründet, daß gerade für die Betriebsräte die Ausstellung viel Wissenswertes bietet, und diese Wissenserweiterung im Interesse des Betriebes und der Kollegenschaft liegt. Leider haben beide Körperlichkeiten den Antrag ohne jede Begründung abgelehnt, und damit bewiesen, daß sie gegenüber andern Kommunen und Ländern, die im Sinne unseres Antrages den Betriebsräten die Möglichkeit zum Besuch gegeben haben, noch weit zurückstehen. Dann gab Kollege Harde den Bericht über die Vorbereitungen zu unserem Verbandsjubiläum. Er wies auf den Beschluß hin, daß jedes Mitglied verpflichtet sei, 5 Mark zu zahlen. Kollege Reder gab dann ein Rundschreiben des Vereins der Freidenker für Neuereinführung bekannt, mit den dazu nötigen Erläuterungen, sowie einige andere Schreiben.

◆ **Rundschau** ◆

Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstaltet ihre diesjährige Jahreshauptversammlung am 17. und 18. September in Wiesbaden. Der Verhandlungsgegenstand des ersten Tages ist das Thema „Arbeit und Ernährung“, worüber die Herren Prof. Dr. Adler-Berlin; Dr. Lehmann-Berlin; Gewerbedirektor Dr. Rette-Wiesbaden und Prof. Dr. Sachseberg-Dresden vorzutragen werden. Am zweiten Tag wird von den Herren Sanitätsrat Dr. Reiter-Berlin und Gewerberat Dr. Mann-Wieser über „Gewerbliche Ehrenschädigungen und ihre Verhütung“ gesprochen. Es schließen sich eine größere Anzahl von Berichten über einige wichtige Beobachtungen und Organarbeiten auf gewerbehygienischem Gebiete an. Die Verhandlungen der Tagung sind öffentlich. Nähere Mitteilungen sind von der Geschäftsstelle der Gesellschaft in Frankfurt a. M., Victoria-Allee 9, zu erhalten.

Verlag: Die Vertriebsstellen des Verbands der Gewerkschaften für Gewerbehygiene, Berlin, 20, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Eingegangene Schriften und Bücher

„**Feinhanden**“ Zeitschrift für Kunst, Literatur, Bildung, Kritik. Die „Wölfe“, Leipzig 1931. Preis pro Nummer 30 Pf. Diese in jeder Arbeiterbuchhandlung vorrätige proletarische Zeitschrift ist preislos wert, auf wärmste empfohlen zu werden. Was die Urania der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Naturwissenschaften ist, will die genannte Zeitschrift auf dem Gebiete von Kunst und Literatur sein. Ihr Inhalt in Wort und Bild ist demgemäß ausgebildet und kann als vorzüglich bezeichnet werden. Der billige Preis ermöglicht jedem Arbeiter das Abonnement. Probenummern können in jeder Arbeiterbuchhandlung gratis entnommen werden.

Die **Gesundheit im Haushalt**. Im Einfamilienhaus für jede Familie eine Stätte reiner Gläubigkeit und Wohlbefindens. Von Prof. Baumgart und G. Uhlir. Mit 30 Abbildungen, Hausbeispielen und Grundrissplänen. Neuausgabe. 20. Tausend. Preis 1,40 RM. Feinverlagsverlag G. Uhlir in Leipzig 60.

Heft 10 des **Wandlers** ist der Stadt Wien gewidmet. Wir geben daraus folgende Aufsätze bekannt: Das rote Wien. — Vom Arbeiterlager zur Millionenstadt. — Die Landtschaft um Wien. — Schönbrunn. — Oesterreich, das Land der Hofkultur. — Oesterreichische Bergbauern. — Die Biologie in Wien.

Der **Wandler zum Weltgeschehen**. Zeitschrift für Freunde der Weltanschauung, herausgegeben von Hanns Fischer. Verlag R. Holzländer, Leipzig. Heft 1 des 2. Jahrganges enthält folgende Aufsätze: Grenzschuppen und Meteore in Fachastronomie und Weltanschauung. Von Max Kaller. — „Echyptrisches Denken“ von Hanns Fischer. — Auf dem Kriegsschauplatz gegen die Weltanschauung von Alfred Seeliger. — Ueber die Zeichnung von Weltkarten von Philipp Fauth. — Kleine Gegenüberstellung von Hanns Fischer. — Philosophisch-historische Beiträge zur Wertung der Weltanschauung von Dr. Ernst Weiß. — Die Rundschau. Enthält eine Anzahl Notizen astronomischen Inhalts.

Der **Bauarbeiterführer**. Richtlinien zu seiner Durchführung für die baugewerblichen Arbeiter. Herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Berlin S. 14, Inselstraße 6. Verlagsgesellschaft des ADGB. 104 Seiten. Preis broschiert 1,20 RM., in Ganzleinen gebunden 2 RM. Für Organisationsmitglieder broschiert 0,95 RM., gebunden 1,50 RM.

Der **Zweck des Buches** ist, die Bauarbeiter zu einer härteren Arbeit bei der Bekämpfung der vielseitigen Gefahren ihres Gewerbes anzuregen. Es enthält Hinweise über die Bildung, Aufgaben und Tätigkeit der Bauarbeiterführerorganisationen, denen es zusammen mit den Verwaltungsstellen der Gewerkschaften in erster Linie obliegt, auf die Erreichung eines guten Bauarbeiterführers in ihrem Bereich hinzuwirken. Berücksichtigt sind weiter die Aufgaben, die der Betriebsvertretung in den Fragen des Unfall- und Gesundheitswesens zufallen. Alsdann folgen Vorschläge zur Aufklärung der gesamten baugewerblichen, insbesondere der jugendlichen Arbeiter über Berufsgefahren, Maßnahmen zu ihrer Vermeidung und Abstellung von Rängeln auf Baustellen. Es folgen Hinweise zur Durchführung von Baukontrollen unter Herabsetzung der dabei am häufigsten auftretenden Verhöfe gegen die Bauarbeiterführerbestimmungen. Der letzte Abschnitt behandelt die Bildung von Landeskommissionen, um alle im Bauarbeiterführer tätigen Personen zu einheitlichem und erfolgreichem Wirken zusammenzufassen. — Der Anhang enthält eine Anzahl wichtiger Bauarbeiterführerbestimmungen des Reichs wie der Einzelstaaten. Das Buch wird den baugewerblichen Arbeitern, insbesondere den Mitgliedern der Bauarbeiterführerorganisationen, den Betriebsleitern und Jugendleitern ein willkommenes Ratgeber sein.

Gegen den **Industrieunfallkommissionen** Gegenwärtige Aufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. Referat von Felix Larnow vor den Funktionären der Gewerkschaften des rheinisch-westfälischen Industriegebietes am 29. März 1926 in Essen. Verlagsgesellschaft des ADGB. Berlin 1926. 52 Seiten. Preis 0,30 RM.

Dieser wertvolle Vortrag, der auf die Gegenüberstellung der Gewerkschaften gegen die Logik der Industrie- und Handelskammern am 19. März in Essen gehalten wurde, ist schon in Nr. 16 der „Gewerkschaft“ ausgedrückt wiedergegeben und eingehend gewürdigt worden. Wir beglückwünschen daher diese Broschüre, die jedem Gewerkschaftler wertvoll ist im Kampf mit dem Unternehmertum. Jeder Arbeiter sollte das Buch lesen.

B. Grampe. Das neue **Mietrechtsgesetz**. Preis 3 RM. — Verlag „Reichsmietdienst“, Berlin R.W. 87, Klopstockstraße 15.

Diese Erläuterungen zu dem Mietrechtsgesetz in der ab 1. Juli 1926 geltenden Fassung haben diesen gesamten Stoff einschließlich der Vorarbeiten und der Vorgänge im Reichstage reiflos verarbeitet und so geschickt und voraussetzungslos dargestellt, daß auch der nicht in Mietangelegenheiten bewanderte Interessent in der Lage ist, sich leicht zurechtzufinden. In einem Anhang ist das Mietrechtsgesetz und sind die Ausführungsverordnungen zum Mietrechtsgesetz zusammengestellt. Man kann dem vorzüglichen Werk eine weite und wohlverdiente Verbreitung voraussetzen.

Ein unentbehrliches Handbuch ist

Die Welt in Zahlen

Davon ist für Gewerkschaftsfunktionäre besonders wichtig der zweite Band

Die Arbeit

von Wl. Woytinsky

Ganz allgemein verständliche Darstellung der Ergebnisse der Forschung auf allen Gebieten der Statistik. Hunderte leichtverständliche Tabellen, farbige graphische Tafeln, verbindender Text.

Das Werk behandelt in neun Abschnitten: 1. Größe und Zusammensetzung der Arbeiterklasse 2. Frauen- und Kinderarbeit 3. Die Arbeiterverbände 4. Die Tarifverträge 5. Der Arbeitstakt 6. Die Arbeitszeit 7. Streiks und Aussperrungen 8. Die Arbeitslosigkeit 9. Die Sozialversicherung.

Preis (im solidem Ganzleinen) 28.— Mk.

Bestellungen sind zu richten an

Abteilung Bücher und Schriften
Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

Sonderangebot!

Romane von Anatole France

Thals. Roman. Übersetzt von Felix Vogt. 223 S.

Die Bratküche zur Königin Pedauque. Roman. Übersetzt von Paul Wiegler. 314 S.

Komödiengeschichte. Roman. Übersetzt von Heinrich Mann. 215 S.

Auf dem weißen Felsen. Roman. Übersetzt von Gertrud Piper. 205 S.

Die Götter dürsten. Roman. Übersetzt von Friedrich v. Oppeln-Bronikowski. 320 S.

Der Aufruhr der Engel. Roman. Übersetzt von Rudolf Leonhard. 327 S.

Peter Nozière. Roman. Autorisierte Übersetzung von Beatrice Sacks. 259 S.

Die Sehnsucht des Johann Servien. Roman. Übersetzung v. Beatrice Sacks. 183 S.

Cléo. Historische Miniaturen. Übersetzt von Wilhelm Stein. 126 S. Balthasar. Novellen. Übersetzt von F. Gräfin zu Reventlow. 209 S.

Die Perlmutterdose. Novellen. Herausgegeben von Otto M. Mittler. 199 S.

Der Brunnen von Santa Clara. Novellen. Übersetzt von Beatrice Sacks. 249 S.

Blaubarbischen Frauen. Novellen. Übersetzt von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. 204 S. Die Erzählungen des Jacques Tournebrouche. Übersetzt von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. 112 S.

Die Romane der Gegenwart. Ein Zyklus von vier Romanen. Übersetzt von Irene von Guttry.

Die Ulme am Wall. Roman. 226 S.

Die Probierpuppe. Roman. 225 S.

Der Amethystring. Roman. 271 S.

Professor Bergeret in Paris. Roman. 239 S.

Preis RM. 2,50 für das in Halbleinen gebundene Exemplar.

Abteilung Bücher und Schriften
BERLIN SO 33
Schlesische Straße 42

Verblüffend billig ist die Teilnahme am Rundfunk.

Für 10.— Mark monatliche Miete
Eine komplett angelegte Radiostation inkl. Sahahörer
einschl. Antenne u. kostenl. Ueberwachung. — Nach 6 Monaten Ihr Eigentum.

Sprechmaschinen aus Elde inkl. Platten und Nadeln
zu ganz besonders vorteilhaften Bedingungen.

12 Schallplatten in elegantem Album.
Erste Markenplatten nach Wahl. Ladenpreis 3,75 p. Platte
6 Monatsraten à Mark 8.00

Unverbindliche Vorführung: W. Uhländstr. 27 (Laden). S 42, Ritterstr. 11 (Hof).
Geöffnet täglich von 8—7. — Verlangen Sie kostenlosen Vertreterbesuch.
Deutsche Funktelefon - Vermietungs - Gesellschaft m. b. H.,
Berlin S 42, Ritterstr. 11. — Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.

Lest die Urania!

Arcona-Räder



Hundert I., II. und III. Preise
Eine Qualitätsmaschine von höchster Vollendung!
Billig im Preis! 5 Jahre Garantie!
100 000 km im Gebrauch!
Die bedeutendsten Rennfahrer d. Welt benutzen zu den ängsten u.
schwierigsten Rennen nur **Arcona, das beste Rad**
Verlangen Sie Katalog gratis und franko
Ernst Machnow BERLIN C 64
Weinmeisterstr. 14

MONATLICHE TEILZAHLUNG!
Elegante Herrenkleidung



fertig und nach Maß zu soliden Preisen.
Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.
Lodenmäntel, Gummimäntel in großer Auswahl.
Spezial-Abteilung: Aufertigung eleganter
Damenmoden nach Maß. (F)

Julius Fabian Maß-
schneiderei

Berlin, Gr. Frankfurter Straße 37, nur 2. Etage

Mitglieder: Rabatti

STOFFE für Herren-
und Damen-
Bekleidung

beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.

KOCH & SEELAND G. m. BERLIN (F)
o. H.

Oegründet 1893 Gertraudenstraße 20-21 Oegründet 1893

Günstige Teilzahlung zu Kassa-
Preisen
in Herren- und Damenbekleidung

Enorm billig! Sehr große Auswahl!
Jackett-Anzüge · Schlüpfer · Gabardine-Mäntel
Regenmäntel · Hoson (F)

alle in bester Verarbeitung an der Kasse
Lipowitz & Co. Kommand.-Ges., Berlin, Münzstraße 18
Spezialhaus für gute Herren- und Damenbekleidung.

Schriften zur Aufklärung u. Weiterbildung

Soeben erschienen.
Heft 22.

Die deutsche Sozialversicherung in heutiger Gestalt.
Von Fr. Kleels, Weimar.

Über die Bestimmungen der Reichversicherungsordnung herrscht vielfach große Unklarheit. Diesem Uebelstande will das Büchlein abzuwehren versuchen. Trotz der Kürze werden alle wichtigen Fragen nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung erschöpfend behandelt.
Preis 0,75 Mark, für Verbandsmitglieder 0,40 Mark
Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Berlin SO 33, Schlessische Straße 42
Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 7422 (F)

ERONER:



Sturm
über
England!

Die Schicksale des Britischen Weltreichs

Eine grundsätzliche, leicht lesbare Aufklärung über die wahren Ursachen des englischen Generalstreiks, dessen gewaltige Bedeutung müssen auch die deutschen Gewerkschafter rechtzeitig erkennen (F)

102 Seiten, kartoniert, beste Ausstattung, 1,50 Mk.
Zu beziehen durch die
Abteilung „Bücher und Schriften“
Berlin SO 33, Schlessische Straße 42

Soeben erschien das große Kassettenwerk:

Berliner Geschichten und Bilder

Vier Bände in Großquart-Format (19 1/2 x 26 cm) auf bestem hölzernen Papier gedruckt, jeder Band in Ganzleihen (mit Goldprägung) gebunden, in gemeinsamer Kassette vereinigt, mit etwa 100 Seiten Text und 550 Bildern im Offset- und Kupfertiefdruckverfahren von

Heinrich Zille / George Grosz / Käthe Kollwitz

Preis der Kassette: Mk. 38,—

Inhalt der Kassette: Erster Band: H. Zille, Berliner Geschichten und Bilder / Zweiter Band: H. Zille, Zwischen Spre und Panke / Dritter Band: George Grosz, Spießer-Spiegel / Vierter Band: Das Käthe Kollwitz-Werk.

Die Bände sind auch einzeln lieferbar und kosten
Band I Mk. 8,—; Band II Mk. 10,—; Band III
Mk. 13,—; Band IV Mk. 7,— (F)

Zu beziehen durch
Abteilung Bücher und Schriften
Berlin SO 33, Schlessische Straße 42